Nr. 115. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7578. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 18. Mai 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Augsburg, U. d. G. U. i. St. 40,— (davon für März 20,—). Auveloie, deutsche Filzarbeiter in A. und Marcinelle 20,16. Achim, d. d. Vertr. 8,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100,—. 2. Kreis 350,— (dar. Uebersch. v. „Wahren Jakob" 6,08, Bierprozente der Tischlerei Becker, Blücherstr. 35 15,—, Kranzübersch. v. Mix u. Gems 12,25, Freiheit 50,—, K. P. 2,50, Rothe aus dem Westen 10,—, Rothe Kreuzberger 100,—, Steinmetzplatz Schilling 6,—, Wahrer Jakob 1,25). 4. Kr. Südost 1000,— (dar. 3 Polierer, Manteuffelstraße 3,—, Hurrah 5,—, J. u. S. zum Wahlfonds 10,—, Uebersch. der Kranzspende für Henkel 2,55, Südosten 300,—, Möbelpolierer von Treue, Wienerstr. 44 15,—, Namenlos 10,—, Uebersch. v. März-Kranz der Möbelfabrik v. Pfaff 37,35). 6. Kr. Moabit 500,— (dar. Sangesbrüder 50,—, Beusselstraße 3. Rate 5,—). 6. Kr. Schönhauser Vorstadt 650,— (dar. Kopf oben! 15,—, H. R. 5,—, R. L. 1,50, alter Parteigenosse, Buchholzerstraße 10,—). 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1050,— (Kranzüberschuß der Flohr'schen Fabrik 13,75, Auktion bei Dobat 4,15, Blobels Bäckerei v. Charfreitag 2,—, Bierprozente von C. F. 8,15.) 6. Kreis Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 150 (dar. von der Fußpartie des 6. Kreises am Charfreitag 22,50, Kranzüberschuß der Schneidemühle Anklamerstr. 33.) Berlin, diverse Beiträge: A. B. 50,—. P. S. 50,—. Ueberschuß vom Märzkranz von den Arbeitern der Firma Schuckert u. Ko. 4,—. Ueberschuß vom März-Kranz der Sommerfeld'schen Laternenfabrik 3,85. Ueberschuß einer Kranzspende durch Lippa 4,—. Maci 5,—. Von fünfzehn Arbeitern der Firma Silbermann, Blumenstraße 30,—. Buchdruckerei von Max Bading, Werk-Abtheilung 30,—. Gesammelt im Sanatorium Gütergotz d. H. 5,—. M. B. 75,—. J. B. 25,—. Genossenschaft der Ziseleure 6,—. Rothe Kindtaufe, Demminerstraße 1,70. Ueberschuß v. März-Kranz der Pianoforte-Fabrik v. Bechstein 10,20. Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei v. Bading 15,—. L. u. H. B. 10,—. Rothe Buchbinder, Grünstraße 5,—. Dr. L. A. 50,—. Hoch August! 100,—. Chamisso-Platz, Seeburgerstraße 5,—. A. G. R. 50,—. Gesammelt von Händlern im Südost bei der Geburtstags-Feier Hübner's 14,61. Fassadenputzer von 96 2,40. A. K., Kolonienstraße, Bierkasse d. Sch. 12,50. Kluge 1,20. Königswusterhausen 4,—. R. 32 1,—. Gef. b. d. Feier zur Freispr. eines Setzers 3,10. Gutenberg 100,—. Uebersch. v. Maskenball der Angler von Tegelort 8,—. Freunde trotz alledem 10,—. M. A. 3,—. Putzerkolonne Liebke, Bau Pallasstr. 9,—. Deutscher Männergesang durch St. 20,—. Tugendbund 5,50. Bierprozente R. K. Alexandrinenstraße 25 20,—. Nagel, rothes Kreuz 3,—. Mitgl. d. W. u. S. Löwenthal'schen Buchdruckerei 8,—. Bierprozente d. Geschäftsbücherfabrik v. Zumpe, Oranienstr. 5,—. B. R. 10,—. Von Verbandsmitgl. der B.'schen Druckerei 13,40. Dr. K. 5,—. Fritz L. 3,70. Von Mitgl. der Un.-Dr. 5,80. Vom Personal der Druckerei v. Herrmann zum Wahlfonds 1. Rate 42,45. F. Gutzmann 3,—. Alter Rottenbäcker P. 1,—. Wiener Ecke 3,15. Bernburg 10,—. Bern, P. L. 100,—. Bamberg, Jäcklein Rohrbach 10,— (dar. für März 5,—). Barth a. Ostsee, v. d. Tabakarbeitern 9,25. Brüssel, A. F. 15,—, E. F. 15,—, E. H. F. 5,—, Sa. 35,—. Bukarest, Beitrag v. Genossen zu den Wahlen 80,—. Crimmitschau 204,08 (darunter für Febr. H. W. d. B. O. zur Reichstagswahl 3,—, J. F. desgl. 3,—, K. Skatantheil desgl. 3,—, G. B. Ueberschuß desgl. 6,—, Liebschwitz desgl. 10,—; für März Lch. d. St. zur Reichstagswahl 4,—, Trotz alledem desgl. 66,76, D. desgleichen 2,—, B. Allg. — B. H. desgl. 100,—; für April die Rothen Fd. L. 1,—, A. K. Frühschoppen „Bleibe B." 3,07.) Düren (Rheinl.), v. Genossen 10,—. Falkenberg (Oberschlesien) 2,—. Frankenthal a. W. 15,— (darunter von Brückenkopf L. 5,—.) Freiburg, von badischen Genossen 10,—. Frankfurt am Main, gesammelt im Saal 63 der Herz'schen Schuhfabrik 20,—. Greiz, Wahlkreis Reuß ä. L. 50,—. Gießen, E. K. 10,—. Gera (Reuß) 50,—. Hastadt bei Bremen 20,—. Hamburg, diverse Beiträge gesammelt in der Expedition des „Echo" 120,20, desgleichen im „Echo" quittirt 174,55. Hamburg, Getränke-Ueberschuß vom Neubau Holst O'Swald Kai in drei Raten 147,—. Hamburg, 2. Wahlkreis 1000,—. Hamburg, 1. Wahlkreis 1000,—. Harburg, d. H. H. 25,20. Hannover 2000,—. Jauer, A. L. —,50. Ilmenau, Parteikasse 50,—. Karlsruhe, vom 10. badischen Wahlkreise 25,—. Kiel, von Genossen 200,—. Köpenick, Gesellenfeier 5,20, Stiftungsfest 10,—, Sa. 15,20. Leipzig, rother Holzwurm 3,—. Lichtenstein-Callenberg, aus dem 17. sächs. Wahlkreis Südwest 25,—. München, Waldläufer 5,—. Marburg, ein Einsamer 10,—. Nürnberg, Uebersch. v. Telegr. 1,10. Oberlangenbielau, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100,—. Pforzheim 10,—. Rudolstadt, Glanzgold —,56. Stuttgart, G. U. 20,— (darunter für März 10,—.) Saarabien, aus dem Königreich Stumm 10,—. „Vorwärts" 1. Quartal 1898 12 048,95. Württemberg 50,—. X. Y. Z. 2000,—.

Aus London haben wir 50 Pfd. Sterl. (1020,— M.) durch unseren alten Genossen H. Breitlauch, als Testamentsvollstrecker des verstorbenen Gen. Karl Beckenstedt, Stuart im C. A. B. Verein in London, im Auftrage desselben „zum Parteikampf in Deutschland" als letzten Gruß erhalten.

In der Quittung über die Eingänge im Monat März in Nr. 89 des „Vorwärts" vom 8. April d. J. muß es unter Harburg, 17. hannov. Wahlkr., nicht heißen 400,—, sondern 800,—.

Berlin, den 10. Mai 1898.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Katzbachstr. 9, I.

Freisinn in Wort und That.

Auf dem Parteitage der freisinnigen Volkspartei, der vor fünf Jahren in Berlin eine abermalige Spaltung des Liberalismus zur Thatsache machte, sagte der Abgeordnete Richter:

„Unser Leitstern kann nur sein das Gemeinwohl aller, unser Bestreben allein, die Volksseele wieder zu läutern und in Wahrheit nationale Gesinnung zu pflegen, d. h. eine politische Gesinnung, welche den Klassen- und Rassenhaß der Interessenwirthschaft und Sonderblindelei gegenüber das einheitliche Interesse der Gesammtheit zur Geltung bringt."

Wenn heute Eugen Richter auf die Erfolge der von ihm befürworteten Politik, insbesondere auch auf die Erfolge seiner Parteigruppe zurückblickt, so wird er resignirt zugestehen müssen: „Es ist uns nicht gelungen, die Volksseele wieder zu läutern." Und das ist nicht verwunderlich. Denn Parteien, welche den fortgeschrittenen Bedürfnissen der modernen Volkswirthschaft nicht im mindesten Rechnung zu tragen wissen, sind nicht geeignet, das einheitliche Interesse der Gesammtheit zu vertreten. Und wenn jetzt vor den Reichstagswahlen die hoffähigen Freisinnigen Rickert'scher Observanz und die sich demokratisch gebärdenden Wasserstiefler, die Eugen Richter folgen, sich als Vertreter der „großen Gesammtheit" aufspielen, so dürfte es nahe liegen, den deutschen Wählern zu zeigen, daß der Freisinn zu einer solchen Vertretung ganz und gar unfähig ist. Für unsere Zwecke genügt es, nachzuweisen, wie die beiden freisinnigen Gruppen den sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart so fern gegenüberstehen, daß selbst konservative Parteiführer dem Freisinn mit recht vorwerfen konnten, er sei auf sozialpolitischem Gebiete „von erschreckender Oede", sodann auch die Zuverlässigkeit der Freisinnigen in politischer Beziehung zu prüfen.

Beide freisinnigen Gruppen stehen auf dem Standpunkte der überlebten manchesterlichen Theorie. Das Kapital halten sie nicht für ein Mittel zur Ausbeutung, sondern für eine berechtigte, auf persönlichen Verdienst des Unternehmers beruhende „Kulturerrungenschaft", an die nicht getastet werden darf, die von Ewigkeit zu Ewigkeit erhalten zu werden verdient. Die Thatsache, daß gerade der Kapitalismus zur Unterdrückung zahlloser befähigter Individuen und zur Herrschaft der Besitzer des Kapitals führt, die im übrigen die traurigsten Hohlköpfe sein können, diese Thatsache sieht der Mann der „freien Konkurrenz" nicht. Er sieht nicht, daß der Kapitalismus herrscht, die Konkurrenz nur scheinbar frei ist, daß der Kapitalismus thatsächlich durch wirthschaftliche Privilegien und Tributrechte die Entfaltung der Fähigkeiten der großen Masse der Bevölkerung verhindert und die grauenhafteste Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befördert.

Von seinem einseitig kapitalistischen Unternehmerstandpunkte aus weist der Freisinn daher auf alle Versuche, in den Gang der Produktion zu gunsten der Arbeiter regelnd durch die Staatsgewalt einzugreifen, im Prinzip ab. Nur widerwillig erkennen die Freisinnigen in einigen wenigen Fällen die Staatsintervention als nothwendig an. Sie verstehen es meisterlich, die wenigen Männer in ihren Reihen einflußlos zu machen, die dem Liberalismus einen Tropfen sozialpolitischen Oels zugießen wollen. Jedes Blatt der sozialpolitischen Geschichte Deutschlands seit 1890 lehrt es, daß, sobald ein Gesetzentwurf oder eine Verwaltungsmaßregel auf der Tagesordnung stand, durch welche die Willkür der Unternehmer den Arbeitern gegenüber eingeschränkt werden sollte, die freisinnigen Parteien sich ablehnend verhielten und unter allen möglichen Ausflüchten den bestehenden Zustand erhalten wissen wollten. Wenn auch die freisinnige Partei seiner Zeit der Novelle zu Titel VII der Gewerbe-Ordnung ihre Zustimmung gab, so war sie doch gerade mit den Bestimmungen nicht einverstanden, die für die Arbeiter zum theil die wichtigsten waren. Sie waren gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sie war gegen die Vollmacht, die dem Bundesrath im § 120e der Gewerbe-Ordnung eingeräumt wurde, weil sie befürchtete, der Bundesrath könne auf grund dieses Paragraphen häufiger die Arbeitszeit in einzelnen Gewerben verkürzen, als es durch den Reichstag geschehen würde. Sie war daher ganz besonders gegen die Bäckerei-Verordnung; ja, sie war nicht einmal für eine Abstellung der Mißstände in der Konfektionsbranche zu haben und der Abgeordnete Singer konnte daher mit recht im Reichstage aussprechen: „In sozialpolitischer Hinsicht traue ich schließlich dem Bundesrath noch mehr zu, als der freisinnigen Partei."

Vielleicht wird man uns einwenden: Die freisinnige Partei habe doch in ihrem Programm auch Forderungen des Arbeiterschutzes aufgestellt, nämlich „Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung insbesondere zum Schutze der Arbeitnehmer gegen mißbräuchliche Anforderungen an die Arbeitskräfte, Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten, Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit". Greifen wir eine dieser Forderungen heraus, so werden wir sofort bemerken, daß diese zwar auf dem Papier stehen, daß die Liberalen aber dort, wo sie die Macht haben, nicht zu bewegen sind, ihre Forderung zu verwirklichen.

Die Freisinnigen haben z. B. in einer ganzen Reihe von Kommunalverwaltungen gerade in den größten Städten Deutschlands das Heft in der Hand; aber wer die Verhältnisse der in Kommunalbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten kennt, der wird wissen, daß der Liberalismus das größte Hinderniß für die Ausgestaltung der Kommunalbetriebe zu sozialen Musteranstalten bildet. Es sei darauf hingewiesen, welch skandalöses Verhalten in den großen Nothstands-Jahren zu Anfang dieses Jahrzehnts die freisinnigen Stadtverwaltungen den Arbeitslosen gegenüber angenommen haben. „Einen Nothstand giebt es nicht!" wurde von oben herab dekretirt; und dabei las man in Berlin Leute verhungert auf der Straße auf.

Wir weisen ferner auf die Behandlung der städtischen Hilfsarbeiter in Berlin durch die freisinnige Kommunalverwaltung hin. Wir können es auch nicht unterlassen, die Lehrerbesoldung der Berliner Kommune hier zu erwähnen. Eine Partei, welche in der Verwaltung die Macht hätte, die Forderungen ihres Programms durchzuführen, dies aber unterläßt, hat nur die Wahl, entweder zu erklären, daß ihre Anhänger sich keinen Pfifferling um die Grundsätze der Partei kümmern, oder aber in den Ruf der politischen Heuchelei zu gelangen.

Wir wollen auch noch an die Haltung der Freisinnigen zur Frage der Gesinde-Ordnungen erinnern. Als im Reichstage bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Sozialdemokratie die Beseitigung der Gesinde-Ordnung verlangte und in der Kommission die freisinnige Volkspartei das Zünglein an der Wage bildete, da stimmten ihre Vertreter gegen die Beseitigung der Gesinde-Ordnung.

Aber selbst in politischer Beziehung kann man den Grundsätzen der freisinnigen Partei nicht unbedingtes Vertrauen schenken. Nur so lange sind die Freisinnigen politisch fortschrittlich gesinnt, als ihr eigener Einfluß nicht bedroht wird. Haben wir doch genügende Beweise dafür, daß in freisinnig verwalteten Kommunen den Arbeitern in dem Augenblick ihr Gemeinde-Wahlrecht genommen wurde, als sie bestimmenden Einfluß auf die städtische Verwaltung gewannen. Man schaue nach Kiel, man schaue nach anderen Städten, wo die liberale Partei dreist und ungenirt den Arbeitern ein Recht genommen hat, für dessen Aufrechterhaltung sie in ihrem Programm prinzipiell eintritt. Und die „Freisinnige Zeitung", das Organ Eugen Richter's selbst ist es, welches diese Wahlrechts-Attentate am 18. Oktober 1895 mit den Worten beschönigte:

„daß, derjenige, welcher gar nichts, auch nicht den geringsten Steuersatz beiträgt zu den Kosten des Gemeinwesens, auch kein Recht beanspruchen kann, in kommunalen Angelegenheiten mitzubestimmen und über den Geldbeutel der Steuerzahler zu verfügen."

Freisinnige Stadtverwaltungen nehmen so den Arbeitern ihr Wahlrecht, andere, wie z. B. Nürnberg verkümmern einem Theil der arbeitenden Bevölkerung auch ihr Vereinsrecht, obwohl im Programm der Freisinnigen auch dieses garantirt wird. Und nicht einmal mehr in Militär- und Marinefragen ist auf die Freisinnigen irgendwie noch Verlaß. 1893 spaltete sich das freisinnige Lager angesichts der Militärvorlage in zwei Gruppen, von denen die eine mit Begeisterung für die Vorlage eintrat. Aehnlich erging es bei der Marinevorlage in diesem Jahre. Und als ob es damit noch nicht genug wäre, hat zudem noch die Richter'sche Gruppe kürzlich der Militär-Strafprozeß-Ordnung zugestimmt, wiewohl diese eine Musterkarte reaktionärer Bestimmungen bildet.

Nun werden uns freilich die Herren von der freisinnigen Volkspartei wenigstens gegenüber einigen der oben gegen sie geführten Angriffe erwidern, das möge die „weibliche Linie", die Rickertgruppe gethan haben, doch die „Volkspartei" sei fest geblieben. Aber das ist eben das charakteristische für diesen bürgerlichen „Radikalismus", daß er, sobald es einmal ernstlich darauf ankommt, auseinanderfällt und so viel Stimmen abgiebt, daß alle Streiche der Reaktion durchgeführt werden können. Was nutzt es, wenn da ein paar Männlein sich den Luxus erlauben, nicht zu den „Weibern" überzulaufen, sondern „mannhaft" zu bleiben. Es ist eben nie und nirgend ein wirklicher Verlaß auf diese Partei. Man denke zu alledem noch an die Haltung ihrer Anhänger bei Stichwahlen, wo sie den schlimmsten Volksfeinden die Mandate zu retten pflegen.

Kann man angesichts all dieser Thatsachen den liberalen Parteien noch die Kraft oder den Willen zutrauen, das Interesse des Volkes zu vertreten? Parteien, deren Programme nur dazu da sind, um im entscheidenden Momente verleugnet zu werden, können keinen Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden. Wenn die freisinnige Partei überhaupt Interessen einer wirthschaftlichen Gruppe noch vertritt, so sind es die der Kommerzienräthe, der Börse und der Großindustrie. Die Vertretung dieser Interessen überlassen wir nun freilich dem Freisinn auch weiterhin neidlos. Dagegen hat sich der Freisinn als völlig unfähig erwiesen, die Interessen des Volkes, der arbeitenden Klassen wahrzunehmen!

Wahlkampf.

Das Wahlrecht und die Saisonarbeiter.

Mit welcher Ungenirtheit sich preußische Landräthe über Beschlüsse des Reichstags und bestehendes Recht hinwegsetzen, sobald dasselbe ihren privaten Ansichten nicht entspricht, dafür liefert die Geschichte des polizeilichen Kampfes gegen die Oppositionsparteien hunderte von Beispielen. Mußte doch sogar der Minister v. d. Recke im preußischen Landtage gestehen, daß die Art und Weise, wie in Pommern das Vereinsrecht gehandhabt werde, ihn gerade zu erschreckt habe. Heute sind wir in der Lage, einen neuen Belag in dieser Richtung beizubringen.

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß der Reichstag, „den Anträgen der Wahlprüfungs-Kommission entsprechend", in einer Reihe von Fällen dahin entschieden hat, daß Saisonarbeiter (Fabrikarbeiter, Schnitter, Sachsengänger 2c.), die während der Wochentage oder während längerer Zeit von ihrer Familie abwesend sind und vielleicht nur an Sonntagen zu derselben zurückkehren, an ihrer Arbeitsstelle aber eine feste Schlafstelle haben, sowohl am Wohnsitz ihrer Familie, wie auch in der Gemeinde, wo sie ihre Schlafstelle haben und sie sich während der Arbeitstage aufhalten, in die Wählerliste aufzunehmen sind.

Trotz dieses Entscheides des Reichstags, der in der Nr. 286 der amtlichen Drucksachen desselben ausdrücklich veröffentlicht ist, haben, wie wir bereits berichteten, die Landräthe von Prenzlau und Freienwalde ihre gestern von uns wiedergegebenen Erlasse veröffentlicht.

Die Herren Landräthe setzen sich also schlankweg über die Beschlüsse des Reichstags hinweg und dekretiren den Wählern die Möglichkeit, das Wahlrecht auszuüben, einfach ab.

Demgegenüber lassen wir nachstehend die bezüglichen Entscheidungen der Wahlprüfungskommission des Reichstages folgen, denen das Plenum in vollem Umfange beigetreten ist.

Die Frage kam, nachdem in früheren Legislaturperioden der Reichstag in bezug auf dieselbe eine schwankende Haltung eingenommen hatte, in der ersten Session des Reichstages 1890/91 aus Anlaß eines Protestes gegen die Wahl des Abg. von Stumm wieder zur Verhandlung. Im Protest wurde gerügt, daß „Personen in die Wählerlisten der Gemeinde Neunkirchen eingetragen seien, welche als Arbeiter der dortigen Werke, insbesondere als Hütten-

arbeiter der v. Stumm'schen Werke, zwar eine Arbeitsstätte und Schlafstelle, aber keinen Wohnsitz in der Gemeinde gehabt haben, vielmehr außerhalb der Gemeinde, zum theil sogar außerhalb des Wahlkreises in ihren Heimathsorten domizilirt gewesen seien, wo sie ihre Familien unterhalten und Steuern bezahlt haben, wohin sie wöchentlich einmal oder mehrmals zurückgekehrt seien und wo sie deshalb auch in die Wählerlisten eingetragen gewesen seien."

Vorstehende Angaben des Protestes wurden in der Kommission als in vollem Umfange zutreffend unterstellt, trotzdem aber kam dieselbe zu folgendem Entscheid:

„Dem Wahlgesetze liege das offensichtliche Bestreben zu grunde, die Ausübung des Wahlrechts möglichst zu erleichtern; jede Auslegung, welche in ihren praktischen Folgerungen dahin führe, einem erheblichen Theil der Bevölkerung die Ausübung des Wahlrechts zu erschweren oder gar zu nehmen, müsse daher von vornherein als nicht in der Absicht des Gesetzes gelegen, angesehen werden; ferner sei zu beachten, daß unbestrittenermaßen auch nach der gemeinrechtlichen Theorie eine Person gleichzeitig mehrere Wohnsitze haben und daher Eintragung in mehrere Wählerlisten beanspruchen könne, und daß eine bestimmte Dauer des Aufenthaltes, um einen Wohnsitz annehmen zu können, nirgends gefordert werde; Personen, welche nach der Art ihrer Lebens- und Erwerbsverhältnisse auf den Wechsel des Wohnorts angewiesen seien und dabei längere Zeit an einem und demselben Orte wohnen (wie die Sachsengänger, Schnitter u. s. w.) haben eben mehrere Wohnsitze, und es sei nicht einzusehen, warum ein Arbeiter, der gleichzeitig in dem einen Wohnort eine Familienwohnung, in dem anderen eine einfache, aber feste Schlafstelle besitze, in ersterer wöchentlich 1 oder 2, in letzterer 6 oder 5 Tage zubringe, nur in ersterer einen Wohnsitz haben solle."

Im Sinne der vorstehenden Ausführungen hat der Reichstag seitdem konstant entschieden. So erst in Sachen des Protestes gegen die Wahl des Abgeordneten Wiesicke im Wahlkreise Westhavelland und Stadt Brandenburg. Hier hat die Kommission alle Wähler, denen die Aufnahme in die Wählerliste ihres Arbeitsortes verweigert worden war, nachträglich der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen und dem unterlegenen Kandidaten zugezählt.

Wir können also unseren Genossen nur den Rath geben, überall, wo in ähnlicher ungesetzlicher Weise verfahren werden sollte, wie dies die Landräthe von Prenzlau und Freienwalde für ihre Bezirke beliebt haben, — da bei der bereits begonnenen Auslegung der Wählerlisten Gefahr im Verzug ist — sich direkt an das Ministerium des Innern zu wenden. Weiter sorge man dafür, daß die in betracht kommenden Arbeiter die Aufnahme in die Wählerliste verlangen, eventuell reklamire man für dieselben die Aufnahme. So weit diesem Verlangen nicht nachgekommen wird, sammele man das Material und bringe es dann in Gestalt eines Wahlprotestes an den Reichstag. Daß dort den Wählern ihr Recht werde, dafür wird gesorgt. Trotz der Herren Landräthe und ihrer Eigenmächtigkeiten.

Platonische Liebe

für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wird der freisinnigen Volkspartei im sozialdemokratischen Handbuch vorgeworfen. Darüber ist die „Freisinnige Zeitung" sehr erbittert und meint, die freisinnige Volkspartei hätte bei jeder sich darbietenden Gelegenheit das Reichstags-Wahlrecht vertreten und sogar im Landtage einen Antrag auf Einführung des Reichstags-Wahlrechts eingebracht.

Die freisinnige Volkspartei hat es bei ihrer jetzigen kleinen Zahl leicht, sich volksfreundlich aufzuspielen. Wir aber können diese Haltung unmöglich ernst nehmen. Denn die Herren Liberalen haben sich zu der Zeit, als sie noch in der Fortschrittspartei ihr politisches Vereinigungszentrum fanden und im Parlamente mehr als heute zu bedeuten hatten, zur Einführung des Reichstags-Wahlrechts in den Landtagen überaus flau verhalten. Damals nahm man die Forderung, das Reichstags-Wahlrecht in den Einzellandtagen einzuführen, nicht wie es seit 1894 durch die Freisinnige Volkspartei geschehen ist, ins Programm auf, sondern man begnügte sich mit einer Resolution, die diese doch nicht unwichtige Frage „in die Hände der Parteigenossen in den einzelnen Landtagen" legte. Wie wir schon oft ausgeführt, sind die Liberalen nur so lange für die Erweiterung der politischen Rechte, als sie selbst von einer solchen in ihrem parlamentarischen Besitzstande nicht betroffen werden. Und darum kann man mit gutem Grunde von einer nur platonischen Verehrung für das bestehende Reichstags-Wahlrecht reden.

Dazu kommt das Verhalten der Freisinnsmänner in den Kommunen und andererseits bei Stichwahlen. Um einen Sozialdemokraten, einen energischen Schützer des Reichstags-Wahlrechts niederzuwerfen, stimmten die Anhänger der freisinnigen Volkspartei schaarenweise für antisemitische und konservative Feinde des Reichstags-Wahlrechts. —

Neugierig

ist wieder einmal die „Freisinnige Zeitung". Sie stellt das übliche Verlangen nach einer Beschreibung des Zukunftsstaates. Weder im Wahlaufruf noch im sozialdemokratischen Handbuch finde sich eine solche Beschreibung. Warum so neugierig? Wir dachten immer, die „Freisinnige Zeitung" schwöre auf den Zukunftsstaat, den Eugen Richter seinerzeit geschildert hat, welche Schilderung in hunderttausenden von Exemplaren gratis verbreitet wurde und — der Sozialdemokratie zahlreiche Anhänger gewann.

Uebrigens empfehlen wir der „Freisinnigen Zeitung", sich die Darlegungen auf Seite 34 und 35 des „Handbuchs" anzusehen, in denen die Schäden des vom Freisinn für heilig erklärten Kapitalismus in Kürze kritisirt sind. —

Aus der Schule geplaudert.

Warum sich das Zentrum gegen die Sammelpolitik wendet, das verräth ganz harmlos die „Germania" in ihrem gestrigen Leitartikel. In einer Auseinandersetzung mit dem Landesökonomierath Winkelmann, der auf der Versammlung rheinischer Landwirthe für die Miquel'sche Sammelpolitik sich aussprach, meint das genannte Organ recht kleinlaut, gegen die Sammelpolitik und den wirthschaftlichen Aufruf sei auch von Zentrumsseite nicht viel einzuwenden; aber es hätte diese Sammlung auf die Reichstags-Abgeordneten beschränkt werden müssen. Das Blatt sagt wörtlich:

„Wir haben unsererseits auch gar nichts dagegen, wenn nach den Wahlen die Abgeordneten im Reichstage **zu einer neuen wirthschaftlichen Vereinigung** zusammentreten."

Also dem Zentrum ist die Sammelpolitik nur deswegen unangenehm, weil die Wähler zu ihr Stellung zu nehmen haben und die Wahrscheinlichkeit nahe liegt, daß das Volk gegen diese Politik sich aussprechen dürfte. Die Zentrumskandidaten könnten gezwungen werden, Farbe zu bekennen, aus ihrer zweideutigen Stellung heraustreten zu müssen, und das bedeutete für das Zentrum Mandatsverluste. Daher hätte das Zentrum es lieber gesehen, wenn die Sammelpolitik erst nach den Wahlen begonnen hätte! Da hätten dann die Herren Zentrumsabgeordneten aus ihrem agrarischen Herzen kein Hehl zu machen brauchen.

Nach den Wahlen sind sie gern bereit, Arm in Arm mit den Kornvertheuerern und Brotwucherern zu gehen.

Es ist gut, daß die „Germania" dies selbst ausgeplauscht hat. Die Zentrumswähler in den Industriebezirken werden es sich merken. —

Amtsgericht und Reichstagswahlgesetz.

Vor uns liegt ein Schriftstück folgenden Wortlauts:

„Strafbefehl."

Auf den Antrag der Königlichen Amtsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 1. Mai 1898 in Dänischenhagen sozialdemokratische Druckschriften: „Die Reichstagswahlen stehen vor der Thür", vertheilt zu haben, ohne daß Sie dazu die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde erlangt hatten und ohne daß Sie den Erlaubnißschein, in welchem Ihr Name ausgedrückt sein muß, bei sich führten — Vergehen gegen §§ 10 und 41 des Preßgesetzes vom 17. Mai 1851 (Ges.-S. S. 173) — wofür als Beweismittel bezeichnet sind, Ihr eigenes Geständniß und Zeugniß des Gendarmen Wilke II zu Dänischenhagen, eine der Staatskasse gebührende Geldstrafe von 6 (sechs) M. und im Falle dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnißstrafe von 2 (zwei) Tagen festgesetzt.

Gleichzeitig werden Ihnen die Kosten mit 1,20 M. auferlegt.

Dieser Strafbefehl wird rechtsgiltig, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung desselben bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

(Es folgt noch die Bemerkung, wo das Geld einzuzahlen ist.)

Getorf, 10. Mai 1898.

Königliches Amtsgericht.
gez. Langmaak."

Dieses Schriftstück ist heute den beiden am 1. Mai verhafteten und gefesselten Genossen zugestellt worden. War das Vorgehen gegen die beiden Genossen an und für sich schon eine Gesetzesverletzung, so setzt denn doch dieses Aktenstück allem die Krone auf. Ein königliches Amtsgericht ist dazu da, Recht zu sprechen, übersieht selbst die hier anzuwendenden Gesetzesbestimmungen, setzt eine Strafe fest, wo nicht die geringste Gesetzesüberschreitung vorliegt. Da wundert man sich über so manches Urtheil, das von deutschen Gerichten gefällt worden, und hier stellt sich heraus, daß ein „königl. preußisches" Amtsgericht keine Ahnung von den Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung hat. —

Wahlagitatoren durch Inserat gesucht!

Im „Deutschen Blatt" vom 16. d. Mts. findet sich das folgende Inserat:

Wahlagitation!

Für etwa acht Tage wird ein christlich-konservativer Handwerker, gewandter Redner bef. über Handwerkerfragen gesucht.
Offerten an . . . . . .

Nichts charakterisirt die Interesselosigkeit an der Handwerkerbewegung, für die von den Bevormundern des Handwerks Ströme von Tinte vergossen, zahllose parlamentarische Drucksachen und Reichstagsreden verfaßt wurden, mehr, als dieses Inserat. Kläglicher kann man diese Bewegung und ihre Träger nicht zeichnen! —

Die Nationalliberalen

haben ihre Prinzipien längst verloren, bei diesen Wahlen verlieren sie nun auch die Träger ihrer Tradition. Neben den Bennigsen, Hammacher, Clemm und anderen Mitbegründern der Partei scheidet nun auch der Abgeordnete Seyffardt, der im Abgeordnetenhause Magdeburg vertreten hat, aus den Reihen der nationalliberalen Parlamentarier. Die „Magdeb. Ztg." verräth bei dieser Gelegenheit, daß der Abgeordnete Seyffardt „das Gewissen der Fraktion" genannt wurde. Also jetzt geht die Partei nach ihrem eigenen Eingeständniß ohne Gewissen in den Wahlkampf. Wir haben freilich seit mehr als 20 Jahren das Gewissen bei den Nationalliberalen völlig vermißt.

Einen Blick hinter die Koulissen der Sozialdemokratie

hat die Charlottenburger „Neue Zeit", ein Organ der freisinnigen Volkspartei, gethan und dabei Dinge erfahren, die wir unseren Genossen nicht vorenthalten zu können glauben, damit sie endlich einmal wissen, was für einer Partei sie eigentlich angehören. Die sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei Deutschlands, ist eigentlich völlig zerfallen; durch die ganzen Zerwürfnisse im Innern ist sie bisher nur zusammengehalten und wird sie noch zusammengehalten durch „jene eigenthümlichen Existenzen des Berliner Kommunalbudikerthums und des Zigarrenhändlerthums, Leute ohne jede Bildung, ohne jedes natürliche Talent, ohne Fleiß und dabei zum Wohlleben geneigt, Leute, deren ganze Existenz auf ihrer Parteigenossenschaft sich aufbaut. Unser Programm ist natürlich nur da, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen, ja der erste Theil des Programms, in welchem die unterscheidenden Merkmale der Sozialdemokratie von den anderen Parteien enthalten sind, wird am liebsten überhaupt geheim gehalten. (!) Die Forderung des allgemeinen Milizsystems ist nicht geeignet, dem Fortschritt der Menschheit zu dienen, denn die Idee, die Kinder zur Wehrhaftigkeit zu erziehen, erfüllt schon die junge Seele der Kinder mit dem Gedanken an Krieg und Kriegstreiben, arbeitet also dem Ideal des allgemeinen Weltfriedens direkt entgegen. Von welcher unerhörten „Gewissenlosigkeit" die Sozialdemokraten beseelt sind, beweist die Thatsache, daß sie auf die Dummheit ihrer Mitmenschen spekuliren, um sie ihrer Gefolgschaft einzuverleiben, ferner, daß sie Leute, die ihr Unglück vor Augen sehen, in einen Streik hineinzwängen. Ueber die Trümmer von Tausenden von Arbeitern geht die Partei hinweg, wenn nur dabei ihre Anhängerschaft an Umfang gewinnt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften provoziren „eingestandenermaßen" Lohnkämpfe garnicht im Hinblick auf die Hebung der wirthschaftlichen Lage, sondern um lediglich nur böses Blut zu machen.

Doch genug des faden Geredes, daß sich durch zwei Leitartikel hindurch zieht. Und woher hat der Verfasser seine Weisheit geschöpft? Angeblich aus den Aeußerungen eines „in der Wolle gefärbten Genossen" in einer öffentlichen Versammlung zu Steglitz, in der der freisinnige Kandidat für Teltow-Beeskow-Storkow, Dr. Bernstein, über Liberalismus und Sozialdemokratie referirte. Wir wissen nicht, ob das freisinnige Blatt die Ausführungen des Genossen, dessen Namen sie übrigens verschweigt, richtig wiedergegeben hat, aber selbst wenn das der Fall sein sollte, so hätten wir es hier höchstens mit den Anschauungen eines ungeschickten Diskussionsredners zu thun, die aber keineswegs zu den Schlüssen berechtigen, die die „Neue Zeit" daraus zieht. Dazu gehört aber ein ganz ungewöhnlicher Mangel an Logik oder aber ein Maß von Unverfrorenheit, wie wir sie selbst unseren Gegnern kaum zugetraut hätten. Einer Widerlegung sind jene Verleumdungen nicht werth, wohl aber möchten wir dem Schreiber der Artikel den guten Rath geben, in Zukunft in seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie sich etwas anständigerer Waffen zu bedienen. Wenn einmal von einer Seite in Versammlungen ein sachlicher und durchaus berechtigter Angriff gegen die Freisinnigen erhoben wird, dann wird sofort in der „Freisinnigen Zeitung" auf die falsche Taktik der Sozialdemokraten hingewiesen, die sich nicht damit begnügen, die Reaktionäre zu bekämpfen, sondern die auch gegen die „Vertheidiger der Volksrechte" zu Felde ziehen. Vielleicht nimmt Herr Richter einmal Gelegenheit, sich in seinem eigenen Lager umzusehen und seine Anhänger darauf aufmerksam zu machen, daß derartige Verhetzungen, wie sie sich das Charlottenburger Blatt leistet, gewiß nicht dazu angethan sind, den Freisinnigen die Sympathien der Arbeiterschaft zu erwerben.

Von der Agitation.

Unsere Parteigenossen sind rührig an der Arbeit. An allen Orten ist man emsig bemüht, durch Flugblätter die Wähler über die Bestrebungen unserer Partei aufzuklären und in Versammlungen wird die mündliche Agitation eifrig betrieben. Die freie Zeit am Sonntag haben unsere Parteifreunde wahrgenommen, ihre Kräfte in den Dienst der Partei zu stellen. Es wurden Flugblätter verbreitet in Stettin 31 000, in Schleswig 18 000, in der Provinz Hannover in zehn Wahlkreisen 170 000, darunter in Harburg-Buxtehude 13 000 Wahlzeitungen und 20 000 Flugschriften, in Elberfeld 30 000, in Mainz 40 000, in Offenbach 40 000, in Zeitz-Weißenfels 86 000, in Zwickau 40 000, in Dresden-Land 65 000, in München 200 000. Allgemein wird berichtet, daß in der Bevölkerung unsere Parteifreunde eine äußerst sympathische Aufnahme fanden. Dagegen haben sich wiederum mehrfach Polizeibeamte Uebergriffe erlaubt und Flugblattverbreiter verhaftet oder doch gehindert, die Verbreitung auszuüben. Auffallen muß es, daß selbst in größeren Städten, wo man von der Polizei ein wenig Gesetzeskenntniß voraussetzen sollte, solche Dinge vorkommen. So werden behördliche Eingriffe aus Stettin, Elberfeld und Hamburg gemeldet. In einigen Fällen erreichten unsere Parteigenossen durch ein energisches Auftreten und Geltendmachen ihres Rechts, daß sie ungehindert sich ihrer Thätigkeit widmen konnten. Es dürfte deshalb die Mahnung am Platze sein, unsere Flugblattverbreiter mit den gesetzlichen Bestimmungen recht vertraut zu machen.

Eine überaus gut besuchte Versammlung fand am Sonntag in Breslau statt, in der Dr. Schoenlank sprach. In Wittenberge nahmen an einer Versammlung, in der Fräulein Haase referirte, 1000 Personen theil. In Euskirchen (Rheinprovinz) fand die erste Versammlung statt, die von 300 Personen besucht war. Das Referat hielt Gilsbach aus Köln. In Plaschken, einem Dorf im Tilsiter Kreis, hatte unser Parteigenosse Gutsbesitzer Hofer mit der Einberufung der ersten sozialdemokratischen Versammlung in diesem Ort, eine durchaus günstige Aufnahme unserer Lehren zu verzeichnen.

Reichstags-Kandidaturen.

Es wurden aufgestellt in Görlitz von den Antisemiten Zimmermann; in Waldenburg von den Nationalliberalen Dr. Kaufmann; in Putzig-Neustadt von den Nationalliberalen Major a. D. Röhrig; in Wanzleben von der freis. Vereinigung Dr. Pachnicke; in Osnabrück von den Mittelstandsparteien Generalsekretär Bergmann; in Hadersleben-Sondersburg von den Nationalliberalen Henningsen; in Würzburg von Freisinnigen und Nationalliberalen Dr. Neudecker; in Schweinfurt vom Bauernbund Michael Friedrich; in München I vom Zentrum Kanonikus Wärnhör; in Waldshut-Säckingen vom Zentrum Pfarrer Schuler; in Konstanz von den Demokraten Venedey; in Villingen von den Demokraten Rechtsanwalt Muser; in Offenburg vom Zentrum Kaufmann Reichert.

Im Wahlkreise Oberbarnim soll gegenüber dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Bürgermeister Hopf in Eberswalde mit Hilfe der Nationalliberalen ein Mischmasch-Kandidat in der Person des Herrn Marggraf in Wolfswinkel aufgestellt werden.

Die freisinnige Volkspartei in Stettin hat ihren Kandidaten, Prof. Stengel, zum Rücktritt veranlaßt und als neuen Bewerber den Rechtsanwalt Sparagnapane offerirt.

Aus Solingen berichten bürgerliche Blätter, daß der Abgeordnete Schumacher dort wieder kandidiren werde. Es würden sich also bei der Reichstagswahl zwei sozialdemokratische Kandidaten gegenüberstehen. Diese Nachricht ist falsch. Unser Parteigenosse Schumacher ist zwar von einigen exaltirten Anhängern wieder aufgestellt worden, er hat aber, wie wir schon vor mehreren Wochen mittheilten, endgiltig auf die Solinger Kandidatur verzichtet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Mai.

Das preußische Abgeordnetenhaus hatte heute, in seiner letzten geschäftlichen Sitzung, eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Standen doch nicht weniger als drei Interpellationen zur Besprechung, die sämmtlich dem Bedürfniß entsprungen waren, einige Wahlreden zum Fenster hinaus zu halten. Von diesen ereilte die agrarische Interpellation Knebel (natl.) betr. Maßregeln gegen die Einschleppung der San José-Schildlaus dasselbe Schicksal wie die Getreide-Interpellation Kanitz: sie wurde im Einverständniß mit dem Interpellanten wieder zurückgezogen. Eine andere Interpellation, die des Abg. v. Mendel-Steinfels (k.) betr. die Verunreinigung der Luppe und Elster, hat nur lokales Interesse, während die Besprechung der Interpellation Brandenburg (Z.) betr. Arbeiten an Sonn- und Festtagen auf dem Steinkohlen-Bergwerk am Piesberg wohl geeignet gewesen wäre, eine Debatte über die Berechtigung von Streiks herbeizuführen und demgemäß das Interesse weiter Kreise zu erwecken. Aber bei der Zusammensetzung des Hauses ist es erklärlich, daß auch diese Interpellation lediglich dazu benutzt wurde, oft gehörte Reden über innere Angelegenheiten der katholischen Kirche wiederzukauen.

Ferner nahm das Haus in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 50 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen das Anerben-Gesetz für Westfalen und ohne Debatte den Antrag Dr. v. Lieres u. Wilken (k.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Kreisabgabenpflicht der Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht an.

Das Herrenhaus hielt zwei kurze Sitzungen ab. In der ersten gelangte die Sekundärbahn-Vorlage, in der zweiten das Anerben-Gesetz für Westfalen in der Fassung des Abgeordnetenhauses en bloc zur Annahme.

Prinz Heinrich beim Kaiser Tsaitien-Kuangßü. Das große Ereigniß ist geschehen. Prinz Heinrich von Preußen hat nicht nur einen Besuch beim „Sohn des Himmels" gemacht, sondern dieser hat dem Prinzen einen Gegenbesuch gemacht. Die Herrschaften haben sich nicht nur gegenseitig mit Vasen und anderen Geschenken beglückt, sondern sich sogar die — Hände geschüttelt. Die deutsche Presse jubelt ob dieses großen Ereignisses, das uralte Zeremoniell des chinesischen Kaiserhofes ist gebrochen worden, der Kaiser von China ist dem preußischen Prinzen nach den Regeln europäischen, zivilisirten Zeremoniells entgegengetreten. Hurrah, Hurrah, Hurrah!

Doch ach, wenn je eine irdische Größe Scheingröße gewesen, wenn je eine Majestät ohnmächtig und hohl gewesen, so die Größe des chinesischen Reiches, die Majestät des Herrschers von China. Einem Herrscher, den jeder fremde Staat ein Stück Landes wegnehmen darf, neue zeremonielle Formen aufzudrängen, erscheint kaum als besondere Großthat. Und wie bald vielleicht ist es mit der ganzen Herrscherherrlichkeit am Pekinger Hof vorbei! Lange schon gehen die Gerüchte, der kaiserlichen Majestät sei es in Peking garnicht mehr recht geheuer und sie wolle auf und davon, sich eine andere Residenz zu suchen. Aber auch in anderen Provinzen will man die Dynastie der Mandschu nicht leiden. Die Provinzen warten auf die günstige Zeit, wo sie dem alten Haß des Chinesen gegen die Mandschu's frei die Zügel schießen lassen dürfen.

Wie possenhaft sind da doch die Jubelhymnen der deutschen Byzantinerpresse ob der großen Dinge, die der Preußenprinz im Sommerpalaste von Peking vollbracht haben soll! —

Die Hungersnothpreise. Das Zurückziehen der Interpellation Kanitz wird allgemein als eine Niederlage der Agrarier, als ein feiger Rückzug angesehen. Die „Deutsche Tageszeitung" bedauert lebhaft das Fallenlassen der Interpellation. Wir sind der Meinung, daß Graf Kanitz sehr klug gehandelt hat, von einer Besprechung der Interpellation abzusehen. Die Verhandlungen hätten doch nur uns genützt und den Brotvertheuerern geschadet. Die Agrarier haben es wahrlich nicht nöthig, ihren Gegnern noch mehr Agitationsstoff zu liefern.

Herr v. Stumm hat sich den Sammlungspolitikern verschrieben, er wird für die Erhöhung der Getreidezölle und damit für die Erschwerung der Brotversorgung und für die Möglichkeit dauernder Hungersnothpreise eintreten. Dabei kann er sich aber doch nicht der Einsicht verschließen, daß eine derartige Preisbildung die Lebenshaltung der Arbeiterklasse aufs tiefste beeinflußt. Man muß zu seiner Ehre zugestehen, daß er mit dem von ihm geübten, unserer Meinung nach gemeinschädlichen Fabrikantenfeudalismus nicht blos Rechte für den Unternehmer, sondern auch einige Pflichten für dieselben ver-

bindet. Durch Anschlag am Thore seines Hüttenwerkes macht er bekannt, daß er mit Rücksicht auf die gestiegenen Brotpreise für die Monate Mai, Juni und Juli allen Meistern und Arbeitern über 24 Jahre eine monatliche Theuerungs-Zulage von 5 M. gewähre.

Wir wollen die gewiß nicht uninteressante Berechnung, ob diese Theuerungszulage ausreicht, auf sich beruhen lassen und lieber die viel bedeutungsvollere Frage aufwerfen, ob nicht Herr v. Stumm seine Zugehörigkeit zur Sammlungs- und Getreidepreissteigerungs-Politik abhängig machen sollte von einer entsprechenden gesetzlich festgelegten Lohn- und Gehaltserhöhung bei Theuerungspreisen. Ein solcher Standpunkt ergiebt sich logisch aus den Anschauungen des Freiherrn v. Stumm. Ein Versuch, eine derartige gleitende Lohnskala in Beziehung zu den Brotpreisen zu bringen, würde die ganze Industrie mit einem Schlage ins antiagrarische Lager bringen. Deshalb ist die von König Stumm den Arbeitern bewilligte Theuerungszulage ein glänzendes, in unserer Agitation gegen die Kornzölle ausgezeichnet zu verwerthendes Argument!

Aus Triest wird gemeldet: Die hiesigen Bäcker wollten von Montag, den 16. d. M. an die Brotpreise erhöhen, und zwar das Kilogramm gewöhnlichen Hausbrotes (Struzza) von 20 auf 22 kr. Die Statthalterei hat jedoch heute die Verfügung getroffen, daß der Maximalpreis auch weiterhin 20 kr. zu betragen habe. In Prag haben Arbeiterdemonstrationen vor der Getreidebörse aus Anlaß der Brottheuerung stattgefunden.

Aus Amerika wird wieder eine starke Steigerung der Getreidepreise gemeldet.

Aus Athen wird der „Intern. Korresp." gemeldet:

Während schon seit mehreren Wochen die Getreide- und Brotpreise im ganzen Orient in die Höhe gingen, stieg mit der Aufhebung der Getreidezölle in Frankreich und Italien der Preis für ein Kilogramm Brot in Athen, Saloniki und Smyrna fast gleichzeitig und plötzlich auf 65—80 Centimes, so daß sich allgemein der Bevölkerung eine namenlose Aufregung bemächtigte. Die türkischen Behörden suchten der drohenden Hungersnoth dadurch vorzubeugen, daß sie das schon vor mehreren Monaten erlassene, aber offenbar nur wenig beachtete Ausfuhrverbot für Getreide mit aller Strenge durchführten und die Besitzer größerer Getreideniederlagen zwangen, die Brotfrucht zu polizeilich vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Die in Athen aus Makedonien und Kleinasien eintreffenden Meldungen besagen jedoch, daß durch diese Mittel der Behörden der Nothstand keineswegs gemildert wurde, sondern daß die ernste Gefahr einer Hungersnoth in weiten Kreisen der Türkei vorliege. In Griechenland hat es dagegen die Regierung verstanden, durch schleuniges thatkräftiges Eingreifen die Gefahr zu beschwören, da sofort aus allen der Regierung gehörenden Getreidevorräthen in Piräus, in Voros und in Patras große Mengen an die Bevölkerung abgegeben wurden und sich zugleich die Möglichkeit darbot, auf telegraphischem Wege in Odessa drei große Schiffsladungen Getreide für die Regierung anzukaufen. Auf diese Weise ist für mehrere Wochen Vorrath geschafft, so daß der Preis für das Kilogramm Brot in Athen und den übrigen Städten auf 32—40 Pfennige herabgedrückt werden konnte. —

Einen geheimen Staatsvertrag zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung". Danach soll im April 1897, als Franz Joseph in Petersburg weilte, zwischen ihm und dem Zaren ein ordentlicher „Staatsvertrag" vereinbart worden sein, als dessen Zweck die Aufrechterhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel sowie des gegenwärtigen Besitzstandes daselbst bezeichnet wird. Dieser Vertrag soll vom 1. Mai 1897 bis 1. Mai 1902 laufen und von selbst auf je weitere drei Jahre verlängert gelten, wenn nicht sechs Monate vor Ablauf eine Kündigung erfolgt. Zur Durchführung des bezeichneten Zweckes hätten die beiden Staaten die gesammte Balkanhalbinsel in eine westliche und eine östliche „Interessensphäre" getheilt.

Wenn ein solcher Vertrag wirklich abgeschlossen wäre, so würde seine Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen aller europäischen Staaten unter einander eine sehr große sein. Jedoch hat heute bereits im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation Graf Goluchowski erklärt, die Mittheilung der „Frankf. Ztg." sei eine plumpe Erfindung. —

Die Lage in Italien. Offiziös wird aus Rom telegraphirt:

Die Ruhe im ganzen Königreiche hält an. — Der sozialistische Deputirte Pescetti hat den Monte Citorio immer noch nicht verlassen. — Die „Perseveranza" veröffentlicht die Namensliste der bei den Unruhen in Mailand ums Leben gekommenen; danach sind 80 Personen getödtet, darunter 2 Militärpersonen und 10 Frauen. — Die Kapuziner, welche in Mailand verhaftet waren, sind vollständig außer gerichtlicher Verfolgung gesetzt. — In vielen Städten gehen fortgesetzt reiche Beiträge für die Familien der zu den Waffen einberufenen Reservisten ein.

Das Ersuchen mehrerer Deputirten, die Prozesse gegen die Inhaftirten zu beschleunigen, beantwortete Rudinì dahin, er könne weiter nichts thun, da jetzt die Kriegsgerichte sprechen. Bei letzteren dürfen nur aktive Offiziere als Vertheidiger fungiren.

Die römische Stadtverwaltung hat 320 000 M. für Nothstandsarbeiten bewilligt.

Die deutschen Offiziösen suchen nun die Unruhen in Italien gegen die Arbeiterbewegung auszunutzen. Es ist dies ein eitles Beginnen. Die Bewegung kann nur gegen die korrupte, elende Verwaltung, gegen den Kornwucher, gegen die Bekämpfung jeder sozialen Reform der Organisation der Arbeiter, gegen die einseitige Klassenherrschaft ausgespielt werden, aber nicht gegen die bis zur Besinnungslosigkeit niedergedrückten armen Italiener, die aus dem Elend ohne Ende keinen anderen Ausweg sahen als die Empörung.

Ein für die italienische Regierung stets eingenommenes, großkapitalistisches Blatt, der „Berl. Börsen-Courier", läßt sich aus Rom schreiben:

Die Kosten der Einberufung der Reservisten belaufen sich auf etwa 500 000 Lire (400 000 M.) im Tage. Man ist sich noch völlig im Unklaren darüber, ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit überhaupt wieder einen Weizenzoll einzuführen. Alles hängt hier vom Ausfall der nächsten Weizenernte und der Gestaltung des Weizenpreises auf dem Weltmarkte ab. Gehen die Preise nicht ganz erheblich herunter, so ist an die Wiedereinführung des Weizenzolles natürlich nicht zu denken und dem Staatsschatz entgeht somit eine Einnahmequelle, die jährlich etwa 50 Millionen Lire erbrachte. ... Der heftige Ausbruch der Volksleidenschaften und die allen Augen sichtbar gewordenen Gefahren können sogar auf finanziellem Gebiete gute Folgen haben, indem sie die schon so lange vergeblich erstrebte Steuerreform in Fluß bringen. Es ist schon oft erwähnt worden, daß die italienischen Steuern degressiv sind. Je höher das Einkommen, um so geringer der Prozentsatz, den der Steuerzahler an den Staat abgiebt. Vielleicht haben die jüngsten Tumulte die besitzenden Klassen Italiens von der Nothwendigkeit einer größeren Gerechtigkeit in Steuersachen überzeugt und sie setzen darauf abzielenden Reformen nun nicht mehr den Widerstand entgegen, an dem diese Reformen bisher immer gescheitert sind. Schlimmer als der Staat sind die Gemeinden daran, deren Haupt-Einnahmequelle, die städtischen Konsumsteuern, vorläufig verstopft ist. Das Volk hat einen unsagbaren Haß gegen den „Dazio", den städtischen Zoll, der für jedwede Waare an den Thoren der Städte entrichtet werden muß. .... Direkte Steuern nach Maßgabe des Einkommens der Steuerzahler werden, zum großen Leidwesen der besitzenden Klassen auch im städtischen Steuerwesen nicht zu umgehen sein, aber diesen Klassen wird jetzt wohl das Bewußtsein gekommen sein, daß sie sich größere Opfer als bisher auferlegen müssen.

Genosse Prampolini, Mitglied des italienischen Parlaments, äußerte dem römischen Korrespondenten der „Frankf. Zeitung" folgendermaßen:

„Die Reaktion sei so übertrieben gewesen, daß sie überall nur den Durst nach Rache hinterlassen habe. Die nächste Zukunft Italiens werde daher eine Wellenbewegung sein: Aufruhr, Reaktion, neuer Aufruhr, neue Reaktion, und so werde das Land von epileptischen Konvulsionen erschüttert werden. „Armes Italien", fügte er hinzu. Jetzt ist die Reaktion scharf an der Arbeit. Wie alle Reaktionen arbeitet aber auch diese nur oberflächlich; sie greift die Erscheinungen an, ohne sich um deren Ursachen zu kümmern, und geht dabei recht willkürlich vor. So verhaftet sie alle Männer, die politisch wirklich großartige Organisationen geschaffen haben, die an und für sich nichts Staatsgefährliches bezwecken, wie Nofri, den sozialistischen Abgeordneten, der den großen Eisenbahn-Arbeiterbund geschafft hat, und Zavattari, den sympathischen Mailänder Ex-Abgeordneten, der die Organisation der Eisenbahn-Gepäckträger zu stande brachte. Selbstverständlich werden alle sozialistischen Vereine aufgelöst, auch spricht man von einem neuen Ausnahmegesetz gegen den Umsturz, aber über die Reformen — herrscht Schweigen auf der ganzen Linie. Bei dem heutigen System sind auch Reformen durchaus unmöglich. Am Heer und an der Marine zu sparen, erlaubt der Hof und die Hüterin des nationalen Prestiges, die Militärpartei, nicht. Ersparnisse in der Verwaltung sind aber unmöglich, weil zum Beispiel sich alle Städte empören würden, denen eine Universität, eine Präfektur, oder auch nur eine Unterpräfektur genommen würde. Aber wozu braucht denn eigentlich Italien nach französischem Muster 69 Provinzen und 167 Unterpräfekturen? Ersparnisse in den öffentlichen Bauten sind ebenso unmöglich, da gerade die Ersparnisse auf diesem Gebiete zum Theil die neuesten Unruhen bedingten. Eine Steuererleichterung ist ebenfalls nicht durchführbar, eine Steuererhöhung auch nicht. Es bleiben also Italien eigentlich nur drei Auswege: eine neue Anleihe, um öffentliche Arbeiten zu ermöglichen, Verzicht auf seine Großmachtpolitik, oder die Steuerreform, entweder verbunden mit einer Zinsreduktion bei seiner nominell 5prozentigen Rente, oder der Einführung einer progressiven Einkommensteuer, da das aber sehr schwierige Dinge sind, so wird alles hübsch beim Alten bleiben, wenn erst die Grabhügel der gefallenen Opfer grüner Rasen schmückt, vergißt man doch im glücklichen Italien sehr schnell."

Von italienischen Arbeiterlegionen, die den aufständischen Mailändern zu Hilfe eilen wollten, werden in der europäischen Polizeipresse die tollsten Jagdgeschichten erzählt. Der Sachverhalt ist sehr einfach. Die zahlreichen italienischen Arbeiter in der Schweiz wurden durch die Ereignisse in Italien, namentlich in Mailand, das von Zürich in sechs Stunden zu erreichen ist, naturgemäß aufs tiefste erregt. Ein Theil kam zusammen und beschloß, in die Heimath zu eilen. Begünstigt wurde dieses Streben — ähnlich wie es weiland (1848) mit der deutschen Flüchtlings-Legion in Paris war — durch Leute, welche die „Fremden" los sein wollten. Geredet ward viel. Ehe es zum Handeln kam, war aber in Mailand bereits „alles zu Ende", so daß die paar Mann, die wirklich nach Italien kamen, keine Gelegenheit hatten, einen Schuß abzufeuern. Sie hatten ja auch keine Waffen. Das ist alles.

Die schweizerische Regierung zeigt sich in überaus trauriger Weise willfährig dem italienischen Schreckensregiment. In Lugano sind Vergnanini, Peduzzi und der Abgeordnete Rondani verhaftet worden, obgleich sie sich nach Kräften bemüht haben, die italienischen Arbeiter zur Besonnenheit zurückzurufen.

Die uns heute zugegangenen schweizer Blätter registriren blos die Nachricht von der Ueberlieferung italienischer Arbeiter durch schweizerisches Militär an die italienische Polizei, sie enthalten sich aber vorläufig der Kritik über dieses, gelinde gesagt, merkwürdige Vorgehen. —

Deutsches Reich.

Zum Kampf gegen die großen Waarenhäuser. Die vom Finanzminister Dr. v. Miquel einberufene Versammlung zur Berathung über die stärkere Besteuerung der Waarenhäuser findet Mittwoch, Nachmittag 4 Uhr, im Finanzministerium statt. An derselben nehmen theil der Generaldirektor der direkten Steuern Burghardt, der Geheime Finanzrath Dr. Strutz, die Oberbürgermeister von Berlin, Köln, Breslau, Frankfurt und Magdeburg, vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller die Herren Geheimer Kommerzienrath Goldberger und Direktor Vogts; außerdem sind zugezogen die Herren Kommerzienrath Lissauer, der Schneiderinnungsmeister Holzapfel, der Zigarrenfabrikant Scheuermann, der Inhaber eines Wäschegeschäftes, Hoflieferant Ledermann. Der „Konfektionär" glaubt infolge genommener Rücksprache zu der Ansicht berechtigt zu sein, daß sich die Mehrzahl der zur Berathung zugezogenen Sachverständigen für eine stärkere Heranziehung der Großbetriebe im allgemeinen zur Gewerbesteuer aussprechen wird, um dadurch die kleineren Gewerbetreibenden zu entlasten, daß aber eine besondere Steuer für große Waarenhäuser für undurchführbar gehalten wird.

Ein neues Kleinbahnengesetz. In Regierungskreisen wird es den „Berliner Pol. Nachr." zufolge für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß die starke Entwickelung der Kleinbahnen eine Revision des Kleinbahngesetzes in einzelnen Punkten erforderlich machen werde.

Begnadigung eines Duellanten. Vom Kaiser begnadigt wurde der Redakteur der „Göttinger Grubenhagen'schen Zeitung", Sekondelieutenant der Reserve Albert Röhrs in Northeim, welcher wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen bezw. Theilnahme an einem Pistolenduell durch kriegsgerichtliches Urtheil zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt worden war. R. hatte bereits die Hälfte dieser Strafe auf der Festung Magdeburg verbüßt. —

Seuchengefährlichkeit der Milch aus Molkereigenossenschaften. Bei der Verdingung des Milchbedarfs für das Garnisonlazareth in Königsberg in Preußen war die von einer Genossenschafts-Molkerei abgegebene Mindestforderung unter der Begründung abgelehnt worden, daß die Garnison-Verwaltung von Genossenschaften Milch nicht kaufe. Auf grund einer dieserhalb von der Molkereigenossenschaft erhobenen Beschwerde hat der Vorstand der Landwirthschaftskammer für die Provinz Ostpreußen bei der Garnison-Verwaltung Erkundigungen hinsichtlich deren ablehnender Haltung Molkerei-Genossenschaften gegenüber eingezogen und daraufhin nach eingehender Berathung der Beschwerdeführerin erwidert, daß der Grundsatz der Garnison-Verwaltung, der Milch eines einzelnen Besitzers vor solcher aus Genossenschafts-Molkereien den Vorzug zu geben, aus sanitären Gründen wohl berechtigt ist.

Was werden die so militärfrommen Agrarier zu dieser Auffassung der Militärbehörden sagen?

Posen, 15. Mai. (Frankf. Ztg.") In einem Strafprozeß gegen den Redakteur des „Orendownik" sollte der Minister des Innern Freiherr von der Recke darüber vernommen werden, ob es wahr sei, daß er eine geheime Anordnung erlassen habe, wonach alle Versammlungen, in denen Polnisch gesprochen wird, aufzulösen, und alle polnischen Versammlungen zu verbieten seien. Der Kaiser hat dem Minister aber die Genehmigung zur Abgabe des Zeugnisses nicht ertheilt. Unseres Erachtens bedarf es übrigens eines solchen Zeugnisses garnicht erst; denn der Minister hat doch seinerzeit ganz offen dem Abgeordnetenhause den Rath gegeben, mit der Auflösung der Versammlungen fortzufahren, nur um schließlich eine andere Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts zu erzielen. —

Dresden, 17. Mai. (Eig. Bericht.) In der heutigen Abendsitzung des Landtages wurde durch königl. Dekret der Schluß desselben auf den 18. beziehentlich 20. Mai verfügt.

Offenbach a. M., 17. Mai. Der Verband landwirthschaftlicher Kreditgenossenschaften in Württemberg mit seinen 750 Genossenschaften und der landwirthschaftliche Zentralverein für Lothringen mit seinen Kreisvereinen haben ihren Beitritt zur Bezugs-Vereinigung der deutschen Landwirthe erklärt. Die Verbandstage der badischen und nassauischen Genossenschaften haben dem Vorgehen der Bezugsvereinigung im Kampf gegen den Verein deutsch-österreichischer Thomasphosphatfabriken zugestimmt.

Einen so großen Boykott hat die Arbeiterschaft auf dem europäischen Kontinent noch niemals ins Auge gefaßt. Ueber den Boykott, den die Großgrundbesitzer proklamiren, entrüstet man sich nicht; die „staatserhaltende" Presse wirkt aufs eifrigste, mit ihm Erfolg zu schaffen; kein Staatsanwalt, nicht einmal ein sächsischer, denkt, wenn er davon liest, an den Groben-Unfug-Paragraphen. Ja, Arbeiter, das ist ganz anders, als wenn Du zur Sicherung Deiner politischen Rechte eine Brauerei boykottirst. —

Aus Baden, 16. Mai. (Eig. Ber.) Am Montag Abend fand die Schlußabstimmung über das Finanzgesetz statt, wobei zum ersten Male ablehnende Voten fielen. Die 5 sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen. In ihrem Namen gab Dreesbach eingangs der Berathung eine Erklärung ab, die verblüffend auf die bürgerlichen Parteien wirkte. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte bisher für das Finanzgesetz, weil die Ausgaben darin vorwiegend für kulturelle Zwecke bestimmt sind. Auch in dieser Tagung genehmigten wir alle Positionen für Kunst und Wissenschaft, Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, Verkehrswesen und Aufbesserung der kleinen Beamten und Arbeiter, während verschiedene Forderungen grundsätzlich von uns abgelehnt wurden. Jetzt komme aber hinzu, daß die Mehrheit des Hauses dem Gesammtministerium wegen der ablehnenden Haltung zum direkten Wahlrecht ein Mißtrauensvotum ertheilen mußte, das keine Beachtung seitens der Regierung fand; ferner daß der Minister des Innern am 17. März d. J. erklärte, es werde mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Regierung gewisse Parteien, besonders die Sozialdemokraten und Antisemiten bekämpfen. Dies ist ein verfassungswidriges Verhalten und zwingt uns, die wir auf unsere politische Ehre halten, der Regierung die Mittel zu unserer Strangulirung und zur Vernichtung der Konstitution zu verweigern. — Daran schloß sich eine große politische Debatte. —

Aus Baden, 16. Mai. (Eig. Ber.) In einer Zeit, wo man in früheren Sessionen des Landtages bald an den Schluß der landständischen Verhandlungen dachte, häufen sich in der diesjährigen Session noch die gedruckten Gesetzesvorlagen. Unter diesen sind zu nennen eine Vorlage über die Erhöhung der Gehaltstarife der Notare, welche in Verbindung mit der aus der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches resultirenden größeren Arbeitsbelastung der genannten Beamten steht, und sodann ein Entwurf über die Abänderung der Handelskammern. So sollen die Kammern mit der Ausstellung von Ursprungszeugnissen und ähnlichen Urkunden betraut werden. Außerdem soll den Handelskammern auch die Möglichkeit einer verwaltenden anstatt wie bisher nur berathenden Thätigkeit eingeräumt werden; sie sollen nämlich befugt sein, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, welche die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und unterstützen.

Eine dritte erwähnenswerthe Vorlage beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Enteignungsgesetzes. —

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Dem Blatte „Droits de l'homme" zufolge sind die Momentphotographien, welche Oberst Picquart Arm in Arm mit Oberst v. Schwarzkoppen darstellen, von einem gewissen Pietri gefälscht worden, der vor einigen Tagen wegen Betrugs zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. —

Paris, 17. Mai. Der Deputirte Schneider, Leiter der Eisenwerke in Le Creuzot, ist gestorben.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Mai. Gestern ist die erste Rate der griechischen Kriegsentschädigung gezahlt worden, wovon Fürst Mavrocordato die Pforte verständigte. Heute beginnen die türkisch-griechischen Verhandlungen wegen der Spezialkonvention. Bis gestern haben Volo 16 Bataillone mit zusammen 10 000 Mann verlassen. — Das Schiff der russischen Freiwilligenflotte „Wladimir" ist hier mit Kontre-Admiral Stark und 1000 Mann an Bord angekommen und gedenkt morgen nach Port Arthur in See zu gehen. —

Serbien.

Belgrad, 17. Mai. (Vossische Zeitung.) Heute beginnt gegen den Führer der radikalen Partei, den einstigen Ministerpräsidenten Nikola Paschitsch, die Schlußverhandlung vor dem Belgrader Stadtgericht wegen Majestätsbeleidigung. Paschitsch soll sie begangen haben, weil er in einer Loyalitätskundgebung gegenüber der Dynastie dennoch die Politik des Exkönigs Milan heftig tadelte.

Asien.

Eisenbahn-Bauten in China. Eine Meldung der „Times" aus Peking von gestern besagt, in Shanghai sei am Freitag von dem Scheng-Taotai, dem Generalinspektor der Eisenbahnen, und der Jardine-Matheson-Company, welche das englische Syndikat für den Abschluß einer Anleihe zum Bau einer Eisenbahn repräsentirt, die Nanking, Shanghai, Hangkau und Ningpo verbinden soll, der auf diesen Bau bezügliche Kontrakt unterzeichnet worden. Das Tsung-li-Yamen habe den Kontrakt bereits amtlich bestätigt. Die „Times" bemerken hierzu, die neue Bahn werde, mit britischem Kapital erbaut, die reichsten Theile des unteren Yang-tse-kiang dem britischen Handel öffnen. —

Herrenhaus.

17. Sitzung vom 17. Mai. 12 Uhr.

Am Ministertische: Thielen.

Nach Erstattung des Berichtes der Matrikel-Kommission referirt Herr **v. Graß** namens der Eisenbahn-Kommission über das neue Eisenbahn-Gesetz, dessen unveränderte Annahme nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses empfehlend.

Nach längerer, unwesentlicher Debatte wird die Vorlage angenommen; mehrere Denkschriften über Eisenbahn-Angelegenheiten werden durch Kenntnißnahme erledigt.

Nächste Sitzung heute Nachmittag 3½ Uhr. Anerben-Gesetz für Westfalen.

Schluß 3¼ Uhr.

18. Sitzung vom 17. Mai. 3½ Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Hammerstein, Schönstedt.

Auf der Tagesordnung steht die vom Abgeordnetenhause in veränderter Fassung zurückgekommene Anerben-Vorlage für Westfalen.

Referent Freiherr **v. Wendt**-Papenhausen beantragt namens der IX. Kommission unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. An dem Prinzip der Vorlage sei nichts geändert; die Aenderungen seien vielfach Verbesserungen, andere könne man konzediren, um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen.

In der Generaldebatte bemerkt

Frhr. **v. Manteuffel,** daß die Situation, in welche man das Haus gebracht, für dasselbe geradezu beschämend sei. (Lebhafte Zustimmung.) Unter den obwaltenden Umständen bleibe nichts übrig, als die Vorlage anzunehmen. Er empfehle en bloc-Annahme.

Oberbürgermeister **Westerburg**-Kassel schließt sich als Gegner der Vorlage dem Vorredner an, bittet aber, die en bloc-Ablehnung zu erwägen.

Der Gesetzentwurf wird nach unerheblicher weiterer Debatte en bloc mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf giebt der **Präsident** die übliche Geschäftsübersicht; es folgen die Danksagungen an die Präsidenten durch Herrn Herzog **v. Ratibor.**

Mit einem Abschiedsworte aus Anlaß des Scheidens aus den alten Räumen des Geschäftsgebäudes schloß der **Präsident** die Sitzung um 4¼ Uhr.

Wahlpfiffe.

Die Hüter des Wahlrechts.

Epigramme von Tarub.

Die Regierung:

Das Wahlrecht bleibt! Wozu die Hetz'?
Wir halten, was wir versprechen.
Was soll das alberne Zeitungsgeschwätz,
Daß unser Wort wir brechen?
(Stimme aus der Tiefe:
„Vereinsgesetz! Vereinsgesetz!

Die Konservativen:

Was kümmert uns, was Graf Mirbach sprach
Und die „Kreuz-Zeitung" geschrieben?
Kurz vor der Wahl — das liegt doch am Tag —
Muß der Junker das Wahlrecht lieben!
„Direkt und geheim und allgemein" —
Laßt uns siegen in diesem Zeichen!
Sind wir erst im Reichstag hübsch allein,
So kann man die Wörtchen ja streichen!

Die sächsischen Nationalliberalen:

Im Reiche sind wir and're als in Sachsen:
Das Wahlrecht, das wir schamlos dort verpreußt,
Hier ist es uns ans Herz gewachsen,
Als stammt' es her von Vater Beust!
Wir wollen ihm die Sachsentreue halten,
Wie Anno sechsundsechzig unserm König,
Und, wenn's das Wohl des Reichs verlangt, ein wenig
Den ganzen Schwindel umgestalten!

Das Zentrum:

Das Reichstags-Wahlrecht, frommer Philister,
Sei Trumpf, so lang' es Gott gefällt!
Ist unser Lieber erst Minister,
So ändert sich von selbst die Welt.

Der deutsche Freisinn:

Im Reiche sei für Arm und Reich
Das Wahlrecht allgemein und gleich!
Und auch zum Landtag gelte der Kopf
Des Aermsten so viel wie der reichste Tropf!
Doch in der Gemeinde — ach! herrjeh! —
Regiere allein das Portemonnaie!

Die Antisemiten:

Bei Liebermann und beim Schulchen Aruch!
Wir können's christlich vereidigen,
Daß wir, wie das heilige Bibelbuch,
Das gleiche Wahlrecht vertheidigen!
Doch wenn wir erst im Reichstag sind,
Dann machen wir rasch ein Ende:
Wir schächten das böse Jüdenkind
Und schicken dafür großherzig gesinnt
Dem deutschen Volke als Angebind'
Die alten, getreuen Stände!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tapezirer-Innung beschäftigt sich gegenwärtig mit der Frage, ob Zwangsinnung oder Freie Innung. Interessant dabei ist, daß der durch seine frühere Thätigkeit in Gewerkschaftskreisen bekannte Herr Feder sich für Zwangsinnung erklärte, weil dann von seiten der Gehilfenschaft nicht mehr gegen die Innung „gehetzt" werden könnte. — Die Gehilfen werden auch dann, wenn sie an den Einrichtungen der Innung selbst betheiligt sind, durchaus nicht aufhören, an diesen Kritik zu üben, wenn sie nicht ihren berechtigten Anforderungen entsprechen.

Die Buchbinder werden hiermit besonders auf die Versammlung aufmerksam gemacht, die heute Abend im Louisenstädtischen Konzerthaus stattfindet.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Magdeburg fand am Sonntag eine polizeiliche Haussuchung im Bureau der ausgesperrten Bauarbeiter statt. Beschlagnahmt wurden Sammellisten und Maimarken. — Von den Zimmerern sind 125 Mann abgereist, 95 arbeiten zu den neuen Bedingungen, zu unterstützen sind noch 305 Mann mit 554 Kindern. —

In Burg hatten sich einige Leute aus dem Bürgerthum vereinigt, um Unterhandlungen zwischen den streikenden Maurern und den Unternehmern anzubahnen. Dieses Bemühen war erfolglos, da die Unternehmer jede Unterhandlung ablehnten. Das Verhalten der Unternehmer wurde von allen Seiten gemißbilligt und erhöhte die Sympathie weitester Kreise des Bürgerthums für die Streikenden. Gegenwärtig befinden sich im Streik 152 Maurer, davon sind 51 mit 90 Kindern noch am Orte, die Ledigen sind sämmtlich abgereist. Vorige Woche kamen 15 Italiener, die als Arbeitswillige fungiren sollten, hier an. Sie reisten aber sofort wieder ab, als sie über die Situation verständigt waren. Diesen Leuten hatten die Unternehmer 42 Pf. Stundenlohn zugesagt, während man den Ausgesperrten nicht einmal 35 Pf. bewilligen will. — Von der Polizeibehörde wurden auch hier am Sonnabend sämmtliche Korrespondenzen auf dem Streikbureau beschlagnahmt.

Die Handschuhmacher in Haynau haben den Fabrikanten einen Tarif unterbreitet, der einen erhöhten Schnittpreis fordert.

480 Steinarbeiter sind in 7 Orten des Fichtelgebirges im Ausstand. Die Unternehmer verlangten den Austritt aus der Organisation. Der Distrikt umfaßt die Orte Bayreuth, Coburg, Schwarzenbach, Wunsiedel, Tröstau, Röthenbach, Marktleuthen, Selb und Grötschenreuth. Forderungen haben die Leute nicht gestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Unterstützung ist dringend nothwendig.

Der Streik der Steinarbeiter von Striegau und Häslicht ist beendet. Die Leute erzielten eine 12—15prozentige Lohnerhöhung, Regelung und Festsetzung einer 10stündigen Arbeitszeit, Einführung eines Tarifs auf 1 Jahr und zur Beseitigung der bestehenden Mißstände bildet sich von jedem Betrieb ein Ausschuß aus den Reihen der Arbeiter. Der wohl „zusammengefügte" Unternehmerverband ist gesprengt. Betheiligt am Ausstand waren zirka 800 Mann von 16 Betrieben und 14 Unternehmern. Den Gewerkschaftskartellen sowie den Vorständen der Gewerkschaften zur Nachricht, daß wir nach Beendigung des erst angeführten Streiks die Quittungen über die einlaufenden Beträge im „Vorwärts" veröffentlichen werden. Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands. J. A.: P. Mitschke, Rigdorf, Steinmetzstr. 14.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Braunschweig siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit 3032 Stimmen. Bei der vorigen Wahl war nur eine Stimmenabgabe von 1586 zu verzeichnen. Die Zunahme darf als ein gutes Zeichen für den Ausgang der Reichstagswahlen betrachtet werden.

Die Schiffer in Speyer befinden sich seit einiger Zeit im Ausstand, um für ihre mühevolle Berufsarbeit eine bessere Entlohnung zu erzielen. Bisher haben die Unternehmer der Ziegeleien diese Ansprüche abgelehnt und sonderbar zu einer Beförderungsart gegriffen, die ihnen weit höhere Kosten verursacht. Sie leihen sich zur Beförderung die Schiffe und zahlen nun für denselben Transport, für den die Ausständigen 270 M. verlangen, 364 M. Es ist also klar ersichtlich, daß hier nur ein engherziger Unternehmerstandpunkt den Wünschen der Arbeiter ein Entgegenkommen versagt.

Bergarbeiterstreik. Fast die ganze Belegschaft der der Aktiengesellschaft Wissener Bergwerke und Hütten gehörigen Grube Vereinigung Katzwinkel (Rheinprovinz) ca. 270 Mann, ist ausständig. Die Maschinisten und ein kleiner Theil der Belegschaft sind bisher angefahren. Wie verlautet, sind die Leute hauptsächlich unzufrieden über in letzter Zeit erfolgte Lohnherabsetzungen.

Der Münchener Tischlerstreik hat für die Arbeiter einen günstigen Abschluß gefunden. Das Verdienst darf sich die Organisation, der Holzarbeiter-Verband, zuschreiben, denn der geschickten Leitung des Streiks ist in erster Linie der Erfolg zu danken. Die großspurig angedrohte Aussperrung der Arbeiter des gesammten Baugewerbes ist unterblieben, weil die Unternehmer schließlich einsahen, daß sie sich mit dieser Taktik in das eigene Fleisch schneiden würden und für solche Maßnahmen nur noch wenige wüthende Kapitalisten eine Sympathie bekundeten. Die Zimmermeister beharren noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt; für den Ausgang des Streiks ist diese Stellung von keiner großen Bedeutung. Die Arbeit wird in diesen Betrieben nicht aufgenommen und ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Ausständigen dieser Betriebe in den Werkstätten unterkommen, wo jetzt die Arbeit aufgenommen ist. Die Schreiner Münchens haben eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3½ Stunden pro Woche nebst einer kleinen Erhöhung des bisherigen Lohnes errungen. Bei Akkordarbeiten ist von nun an der Tagelohn garantirt und für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist 50 pCt. Vergütung zu bezahlen, wohl der geeignetste Weg zur größtmöglichsten Eindämmung der Ueberzeitarbeit überhaupt. Ein nicht zu unterschätzender Erfolg ist ferner, daß diese Abmachungen in die Werkstattordnung aufgenommen, in jedem Geschäft öffentlich ausgehängt und außerdem jedem eintretenden Gehilfen ein Abdruck der Werkstattordnung übermittelt wird.

Ausland.

Aus der Schweiz. Der schweizerische Typographenbund hält zu Pfingsten in Bern seine Generalversammlung ab, auf deren Tagesordnung u. a. stehen: Unterhandlung mit dem Verein der Buchdruckereibesitzer wegen der Setzmaschine, Erhöhung der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung, letztere von 2 auf 2,50 Fr. pro Tag, Vergrößerung des Vereinsorgans „Helvetische Typographia", Abschluß eines Kollektiv-Versicherungsvertrages mit einer Versicherungsgesellschaft in dem Sinne, daß auf den Todesfall 1000 Fr. ausbezahlt werden, wofür die Prämien aus der Vereinskasse zu bezahlen wären. — Die Schmiede und Wagner in Basel erreichten durch kurzen Streik die Bewilligung ihrer Forderungen von den meisten Unternehmern. Es handelte sich um den Zehnstundentag, Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern, 14tägige Lohnzahlung, Lohnzuschlag von 25—50 pCt. für Ueberzeit und Sonntagsarbeit, Freigabe des 1. Mai, Benutzung des Arbeitsnachweises des Fachvereins, Versicherung der Arbeiter gegen Unfall bei gemeinschaftlicher Tragung der Prämien.

Die Maurer von Gent (Belgien) haben wegen verweigerter Lohnerhöhung den Gesammtausstand beschlossen. Es sind bis jetzt etwa 1200 ausständig; sie verfügen über eine gute Organisation und gefüllte Kassen.

Zum Bergarbeiterstreik in Süd-Wales wird aus London berichtet: Die Vertreter der Kohlengrubenarbeiter in Cardiff beschlossen mit knapper Mehrheit, dem provisorischen Komitee umfassende Vollmachten zu gewähren. Die Vertreter der Arbeiter werden nunmehr den Arbeitgebern näher treten, um eine Beilegung des Ausstandes herbeizuführen.

Soziales.

Tödtliche Verunglückungen sind in Preußen im Jahre 1896 insgesammt 12 946 vorgekommen, 676 mehr als im Jahre 1895. Betroffen wurden 10 418 männliche und 2528 weibliche Personen. Durch Ertrinken kamen 3368 Personen ums Leben, durch Sturz von Bäumen, Gerüsten 2c. 2344, durch Ueberfahren 1705, durch Verbrennen und Verbrühen 1099 (595 männl., 504 weibl.), durch Verschütten und Erschlagen 973, durch Ersticken 632, durch Schlag und Biß 277, durch Maschinen 246, durch Erfrieren 215, durch Blitzschlag 161, durch Vergiftung 136, durch Schüsse 126, durch Stoß und Anprall 85, auf sonstige Weise 1579. Im Alter bis zu 5 Jahren standen 2263 Verunglückte, 1477 waren über 5—15 Jahre alt, 7529 über 15—60 Jahre, 1532 über 60 Jahre; bei 145 Verunglückten war das Alter nicht angegeben.

Während unter den männlichen tödtlich Verunglückten die Knaben im Alter bis zu 5 Jahren nur mit 13,2 pCt. vertreten waren, machten die Mädchen derselben Altersklasse 35,2 pCt. aller tödtlich verunglückten weiblichen Personen aus; in der Altersklasse über 5 bis 15 Jahre war die Verhältnißzahl bei den Mädchen bedeutend, nämlich auf 15,4 zurückgegangen; bei den Knaben betrug sie 10,4. Von den 15 bis 60 Jahre alten Personen verunglückten dann aber verhältnißmäßig weit mehr Männer als Frauen, von ersteren 64,2 pCt. aller tödtlich verunglückten Männer, von letzteren nur 33,3 pCt. aller tödtlich verunglückten Frauen. Im Greisenalter blieben die beiderseitigen Verhältnißzahlen auf fast gleicher Höhe wie bei der Altersklasse von 5 bis 15 Jahren, nämlich 11,0 bei den männlichen und 15,2 bei den weiblichen Personen.

Ueber die gesundheitlichen Schädigungen, denen die Arbeiter in Chromatfabriken ausgesetzt sind, wird uns in Beziehung auf unsere Notiz vom 14. Mai noch mitgetheilt, daß die Arbeiter nicht nur an Anätzung und Durchlöcherung der Nasenschleimhaut leiden, sondern daß das Uebel sich vielfach bis zur vollständigen Durchlöcherung der ganzen Nasenscheidewand steigert. Der Bundesrath hat unterm 2. Februar diesen Jahres Vorschriften zum Schutze der Arbeiter dieses Industriezweiges erlassen. Diese genügen aber nicht. Sie gewähren den Arbeitern noch nicht einmal das Maß von Schutz, das die am 8. Juli 1893 erlassene Bundesraths-Verordnung über den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken bietet, die ohnehin schon Mängel genug hat. Den meisten Bestimmungen sind die Worte „thunlichst" und „möglichst" beigefügt, was bei der Verordnung für die Bleifarbenfabriken nicht geschehen ist. Ferner ist in der Verordnung für die Bleifarbenfabriken im § 9 bestimmt, daß Arbeiter, die mit Bleistoffen in Berührung kommen, binnen 24 Stunden nicht länger als 12 Stunden beschäftigt werden dürfen. Obwohl eine solche Bestimmung für die Chromatarbeiter mindestens ebenso nöthig gewesen wäre, hat man ihnen gegenüber von einer solchen Schutzbestimmung abgesehen. Ungenügend ist auch die Bestimmung, daß Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nur in solchen Räumen beschäftigt werden dürfen, die sie nicht mit Chromaten in Berührung bringen. Die Beamten werden das so auffassen, daß nur die Berührung des Körpers mit festen oder aufgelösten Chromaten verboten ist. Und doch ist diese das kleinere Uebel. Das Schädliche ist vielmehr der Chromatstaub. Von einem Fernbleiben von diesem ist aber in den Bestimmungen nichts zu lesen. Aber auch wenn man meinte, die Berührung mit dem unmittelbar entstehenden Staube sei ebenfalls untersagt, so kann, so wenig ein Arbeiter in einer Mühle beschäftigt werden kann, ohne mit dem Mehlstaub in Berührung zu kommen, auch eine Arbeiterin in einer Chromatfabrik nicht beschäftigt werden, ohne daß sie Chromatstaub in die Nase bekommt.

Die Gefahr der Gesundheitsschädigung durch den Chromatstaub könnte aber sehr wesentlich herabgemindert werden, wenn verordnet würde, daß der Chromeisenstein — das Ausgangsmaterial zur Herstellung der Alkalichromate — nur nach Befeuchtung mit fünf Prozent Wasser vermahlen und mit Soda 2c. vermengt werden darf. Das Mahlen und Mischen würde dadurch nicht erschwert, aber das Verstäuben sehr bedeutend vermindert. Jedenfalls würde das wirksamer sein, als „thunlichste" und „möglichste" Freihaltung der Arbeitsräume von Chromatstaub anzuordnen. Auch die beim Entleeren der Flammenöfen und beim Abdampfen der Laugen entweichenden Dämpfe sollten nicht direkt ins Freie geleitet werden dürfen, wo sie die in der Nähe sich befindenden Personen doch ziemlich stark belästigen können, sondern sollten erst durch Kalkmilch geleitet werden müssen, um sie dadurch von ihrem Chromatgehalt zu befreien.

Der Ausbau des hessischen Fabrikinspektionswesens, wie er von der sozialdemokratischen Landstagsfraktion angeregt und beantragt worden ist, scheint gute Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Nachdem von nationalliberaler wie von ultramontaner Seite zwei mit dem unseren übereinstimmende Anträge in der Zweiten Kammer eingebracht worden sind, ist nun auch in der Ersten Kammer durch die Mitglieder Michel und Buderus die Vermehrung der Inspektorate auf vier und ihre einheitliche Organisation beantragt worden.

Der Mainzer Fabrikinspektor Baentsch bedauert in seinem kürzlich erschienenen Jahresbericht, daß der Verkehr zwischen Arbeitern und Fabrikinspektor immer noch an Regsamkeit zu wünschen übrig lasse und wünscht, „daß sich im Aufsichtsbezirk, nach Art der Vertrauensleute der Berufsgenossenschaften, männliche und weibliche Vertrauenspersonen befänden, welche Mittelspersonen für die Aufsichtsbeamten bilden." Er empfiehlt zu diesem Zweck, den Bezirk in „Vertrauensbezirke" einzutheilen.

Bei dieser Gelegenheit stellt Herr Bäntsch den Arbeitern ein Zeugniß aus, das sich gewisse Personen der Reichsregierung merken können. Er sagt:

„Von Uebertreibungen, oder wie man häufig sogar hört, „unverschämten Anforderungen", wurde in diesem Verkehr (der Arbeiter mit dem Inspektor) nichts wahrgenommen; im Gegentheil kann hervorgehoben werden, daß nur sachlich, ohne persönlichen Haß gegen Arbeitgeber verhandelt wurde."

Dieses Lob aus berufenem Munde betrifft in erster Linie die Mitglieder der Arbeiterorganisationen, die ja am lebhaftesten mit der Fabrik-Aufsichtsbehörde verkehren. Wie die Unternehmer größtentheils diesen Verkehr fördern, geht aus folgender Bemerkung des Fabrikinspektors hervor:

„Wenn auch ein kleiner Theil der Unternehmer organisirte Arbeiter in ihren Betrieben einstellen, so entläßt doch ein großer Theil derselben jeden Arbeiter, von dem sie vermuthen, daß er ein Mitglied einer Organisation geworden ist. Daher mag es denn auch kommen, das verhältnißmäßig so wenige Arbeiter sich an die Beamten wenden aus Furcht, man könne sie für organisirte Arbeiter halten."

Was sagt Graf Posadowsky dazu? Sollte es nicht rathsam sein, das vom Unternehmerthum mißhandelte Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen, statt es noch mehr zu verkümmern? Und: wer verübt Terrorismus?

Das städtische Arbeitsamt in Frankfurt a. M. hat einem Zimmermeister das Recht der Benutzung des Arbeitsnachweises mit folgender Begründung entzogen:

„Die städtische Arbeitsvermittelungsstelle ist eine Einrichtung, deren Benutzung allerdings sämmtlichen hiesigen Arbeitern und Arbeitgebern unentgeltlich freisteht; indeß muß der Verwaltung das Recht zuerkannt werden, einer mißbräuchlichen, den Interessen der hiesigen Arbeiter und Arbeitgeber schädlichen Benutzung der Einrichtung entgegenzutreten. Nach den vielfachen Klagen, welche über Ihr Verhältniß zu den von ihnen beschäftigten Arbeitern in gewerblichen Kreisen laut geworden sind, hat die Kommission annehmen müssen, daß die Möglichkeit, neue Arbeiter zu jeder Zeit und ohne jegliche Kosten durch die Arbeitsvermittelungsstellen zu erlangen, dazu beitrage, Sie zum häufigen Wechsel der Arbeiter beziehentlich zur Aufstellung von Arbeitsbedingungen zu veranlassen, welche die Arbeiter zum raschen Aufgeben des Arbeitsverhältnisses bewegen. Die Kommission hält sich unter diesen Umständen für ebenso berechtigt, die Zuweisung von Arbeitern Ihnen gegenüber bis auf weiteres einzustellen, wie sie solchen Arbeitern, denen das unberechtigte Aufgeben oder das Nichtantreten der ihnen zugetheilten Stellen nachgewiesen war, den Besuch der Arbeitsvermittelungsstelle bereits in wiederholten Fällen untersagt hat."

Zur Ausbeutung der Goldgruben in Alaska und Britisch-Kolumbien sucht, dem Vernehmen nach, ein holländisches Syndikat deutsche Bergleute anzuwerben. Im Auftrage des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten hat nun die Regierung in Arnsberg, in welchem Bezirke die Werbungen betrieben werden, ein Rundschreiben an die unteren Behörden erlassen, worin diesen aufgegeben ist, den Werbegesuchen auf grund von § 45 des Auswanderungsgesetzes vom 9. Juni 1897 mit allem Nachdruck entgegenzutreten, ferner dafür zu sorgen, daß die Bergleute vor der Auswanderung nach den genannten unwirthlichen Gegenden Amerika's eindringlichst gewarnt werden.

Man kann nur wünschen, daß diese Warnung in jedem Falle Erfolg habe.

Der Krieg.

Die amerikanische Regierung hat den atlantischen Kabel-Gesellschaften Anweisungen gegeben, keine Depeschen über die Bewegungen der Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten zu befördern und keine Auskünfte über die bevorstehenden Operationen der Kriegsschiffe zu geben. Mit Vorsicht ist deshalb die Nachricht aufzunehmen, daß das amerikanische Geschwader nach Cienfuegos, einer Hafenstadt an der Südküste von Kuba, segele. 125 000 Freiwillige sollen nun zur Verfügung der amerikanischen Heeresverwaltung stehen.

Der amerikanische General Merritt erklärte gestern in einer Unterredung, er habe, da bei der für die Philippinen bestimmten Streitmacht von 15 000 Mann nur 1000 Mann reguläre Truppen seien und keine Zeit zum Einexerzieren der Freiwilligen übrig sei, weitere 4000 Mann reguläre Truppen gefordert. Den Posten des Befehlshabers über die nach den Philippinen zu sendende Expedition habe er nur unter der Bedingung angenommen, daß er über eine hinreichende Streitmacht verfüge. Die Regierung habe ihm die Sendung von weiteren Regulären versprochen, indessen hänge bei solchen Expeditionen alles von der zuerst abgesandten Truppenmacht ab.

Den „Times" wird aus New-York unter dem gestrigen Datum telegraphirt: Der Hilfskreuzer „Yale", der in den Gewässern von San Juan de Portorico gekreuzt hat, hat festgestellt, daß an den Befestigungen von San Juan durch das Bombardement vom 12. Mai kein sichtbarer Schaden angerichtet worden ist.

Aus Cárdenas (Kuba) wird heute telegraphirt: Als gestern eine mit 17 Mann besetzte Kriegsschaluppe aus den mit Torpedos belegten Gewässern hinausfahren wollte, kam infolge eines falschen Manövers ein Torpedo zur Explosion. Alle 17 Mann kamen ums Leben.

Aus Barcelona wird gemeldet: Die hiesigen Seebehörden sind angewiesen worden, schnellaufenden Handelsschiffen von hohem Tonnengehalt das Auslaufen nicht zu gestatten, damit dieselben als Hilfskreuzer in Dienst gestellt werden können.

Eine Petersburger Meldung des „Daily Telegr." besagt, Japan sei entschlossen, gegen eine etwaige Annexion der Philippinen seitens der Unionsstaaten kräftige Einsprache zu erheben. Es habe sich bereits an Rußland gewendet mit dem Gesuch, den Protest zu unterstützen.

Die spanischen Kammern haben mit Rücksicht auf die schwebende Ministerkrisis, über die viele unkontrollirbare Gerüchte umlaufen, ihre Verhandlungen eingestellt. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 17. Mai. (W. T. B.) Vergangene Nacht brach in dem hiesigen Heubarken-Hafen Feuer aus, welches rapide um sich greifend 16 Barken mit etwa 55 000 Pud Heu und Stroh und neun leere Barken vernichtete.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 115. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Mittwoch, 18. Mai 1898.

Mitbürger, Arbeiter, Handwerker!

Seht die Reichstagswähler-Listen nach!

Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich durch Einsicht in die Wählerlisten davon zu überzeugen, daß sein Name in der Liste verzeichnet stehe. Wer bis zum 16. Juni das 25. Lebensjahr vollendet hat, also spätestens am 16. Juni 1873 geboren ist, ist wahlberechtigt, hat aber schon während der kommenden acht Tage, wo die Wählerliste ausliegt, dafür zu sorgen, daß sein Name eingetragen werde. Dies geschieht am besten dadurch, daß man mit einem Legitimationspapier (Steuerquittung, Geburtsschein, Militärschein 2c.) in dem Lokal, wo die Wählerliste ausliegt, sich davon überzeugt, daß der Name in der Liste steht, und in dem Falle, wo der Name fehlt, von dem dort zu diesem Zweck stationirten Beamten seine Aufnahme in die Wählerliste protokollarisch feststellen läßt.

Kein Parteigenosse darf versäumen, in den Fabriken, Werkstätten 2c. dafür zu sorgen, daß ein jeder dieser unerläßlichen Pflicht nachkomme; wo nur angängig, ist dahin zu wirken, daß die Wählerlisten bis spätestens am 25. d. M. von jedem Wähler gehörig nachgesehen werden. Keine einzige Stimme darf durch Nachlässigkeit im Kampfe gegen die Volksentrechtung verloren gehen. Für solche Wähler jedoch, denen es an Zeit und Gelegenheit fehlt, selber die Listen zu kontrolliren, haben sich in den verschiedenen Wahlkreisen eine Anzahl Parteigenossen bereit erklärt, dieses zu besorgen. Die Namen und Adressen dieser Genossen sind in der gestrigen Nummer des „Vorwärts" bekannt gegeben worden.

Die Reichtags-Wählerliste liegt für Berlin vom 18. bis einschließlich 25. Mai, Wochentags 9 bis 3 Uhr, Himmelfahrtstag und Sonntags 12 bis 5 Uhr, Poststr. 16, 2 Tr., aus, und außerdem für den ersten Wahlkreis: Hinter der Garnisonkirche 2;

für den zweiten Wahlkreis, Stadtbezirke 21 bis 30 und 50 bis 73: Tempelhofer Ufer 2, Stadtbezirke 31 bis 49: Steinmetzstraße 79, Stadtbezirke 74 bis 78o und 114 bis 117: Dieffenbachstraße 60/61;

für den dritten Wahlkreis: Schmidstr. 38;

für den vierten Wahlkreis, Stadtbezirke 83, 84 und 95 bis 100: Skalitzerstr. 55/56, Stadtbezirke 85, 86, 88—94, 110—113b: Reichenbergerstr. 131/132, für Stadtbezirke 145—159, 162—165, 182—188: Strausbergerstr. 9, für Stadtbezirke 160, 161, 166—181, 189—191: Tilsitterstr. 4/5;

für den fünften Wahlkreis: Gipsstr. 23a;

für den sechsten Wahlkreis: Stadtbezirke 218—226 und 237—250: Schönhauser Allee 166a, Stadtbezirke 227—236, 251—258: Demminerstr. 27, Stadtbezirke 259—278: Ackerstr. 67, Stadtbezirke 285—287, 298—304 und Theil von 282: Thurmstr. 86, Stadtbezirke 288—297: Thurmstr. 75, Stadtbezirke 305—326b: Pankstr. 8;

in Charlottenburg liegen die Listen in der angegebenen Zeit für den Stadtkreis im Statistischen Amt, Berlinerstr. 77, 1 Tr., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, jedoch am Himmelfahrtstage, den 19. d. M., und am Sonntag, den 22. d. M., nur von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, zu jedermanns Einsicht aus;

in Rixdorf vom 18. Mai bis 26. Mai im Amtsgebäude, Berlinerstraße 62, 1 Tr., Zimmer 58 (Sitzungssaal), von morgens 9 Uhr bis 9 Uhr abends und am Sonntag, den 22. Mai von früh 9 Uhr bis 1 Uhr mittags;

in Schöneberg im Feuerwehr-Gebäude, Feurigstraße 63/64, 1 Tr., Zimmer 4, und zwar werktäglich von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Himmelfahrtstag und Sonntag, den 22. d. M., morgens von 8 bis 9½ Uhr;

in Pankow im Amtsbüreau einschließlich Donnerstag und Sonntag während der Dienststunden;

in Nieder-Schönhausen desgleichen;

in Wilmersdorf im Rathhause, Zimmer 26 von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, Donnerstag und Sonntag von morgens 8—10 Uhr;

in Rummelsburg liegen die Wählerlisten vom 18.—25. Mai im Schulhause aus; am Himmelfahrtstag und am Sonntag sind sie von morgens 8½ Uhr bis mittags 12 Uhr einzusehen.

In Reinickendorf liegen die Listen bis zum 25. Mai im diesseitigen Gemeindebureau, Hauptstraße 38, Zimmer 10 aus, und zwar Wochentags von 9 bis 3 Uhr, morgen, Donnerstag, und Sonntag von 9 bis 9½ und von 11½ bis 1 Uhr. Zum Nachsehen erklären sich bereit im Osten Zeidler, Residenzstr. 22, 1 Tr., und M. Eichner, Winterstr. 13, 1 Tr., im Westen Heider, Birkenstr. 7, und Paul Schilling, Berlinerstr. 2b.

In Britz bis zum 25. Mai in den Dienststunden von morgens 8 bis abends 6 Uhr, Sonntags von 8 bis 10 Uhr im Amtshause. Wer verhindert ist, wende sich an Karl Dorn, Gastwirth, Bürgerstraße 4.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 17. Mai. 10 Uhr.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **Hahn** zu einer kurzen Bemerkung: Herr Sattler hat sich gestern gewundert, warum gerade er bei der Berathung des Anerbengesetzes nicht zugegen gewesen sei. Er stelle deshalb die Ursache fest (Lebhafte Unruhe. Rufe links: Interessirt uns gar nicht!) Er habe gestern (erneute große Unruhe auf allen Seiten des Hauses. Rufe: Schluß!) Unter allgemeinem Lärm verhallen die letzten Worte des Abg. Hahn.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die wiederholte Endabstimmung über das Anerbengesetz. Anwesend sind 223 Abgeordnete, von denen sich acht der Stimme enthalten. Die Annahme des Gesetzes erfolgt mit 165 gegen 50 Stimmen.

Es folgt die Interpellation v. Mendel betreffend die Verunreinigung der Luppe und Elster durch die Leipziger Abwässer. Auf Anfrage des Präsidenten beantwortet der

Minister **v. Hammerstein** die Interpellation sofort dahin: eine gemeinsame Besichtigung seitens preußischer und sächsischer Kommissare habe ergeben, daß die Elster verhältnißmäßig rein sei, die Luppe dagegen sei derart verschlammt, daß der Zustand unerträglich sei. Die Kläranlagen Leipzigs funktionirten ganz ungenügend. Die diesseitige Regierung habe auch bereits dieserhalb mit der sächsischen Verhandlungen gepflogen. Die sächsische Regierung habe zu den Vorschlägen der Kommission ihre Zustimmung ausgesprochen. Formell sei auch Leipzig bereit, die Kläranlagen zu verbessern. Aber es scheine, als ob es in Leipzig doch an dem ernsten Willen fehle. Die Regierung werde jedenfalls mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bemüht bleiben, um dem unerträglichen Zustande abzuhelfen. (Beifall.)

Nachdem sodann erst der Abg. **v. Mendel** die Interpellation kurz begründet, auf die Seuchengefahr hinweisend, wird auf Antrag v. Ploß die Besprechung beantragt.

Die Abgg. **v. Eynatten** und **Pleß** beklagen, daß leider ganz allgemein, nicht nur im Bereiche der Luppe und Elster bezw. der Elbe die Privatindustrie rücksichtslos die Gewässer verunreinige. Es bedürfe eines Wassergesetzes oder doch eines Gesetzes gegen die Verunreinigung der Gewässer.

Minister **v. Hammerstein** erwidert, wie er schon bei Berathung des landwirthschaftlichen Etats bemerkt habe, seien Entwürfe bezüglich der Verunreinigung der Flüsse in Ausarbeitung. Er hoffe jedenfalls schon in der nächsten Session einen Entwurf vorlegen zu können.

Auf Anregungen von den Abgg. von Hagen (Centr.) und Hahn wegen der Grubenwässer des Piesberges erklärt noch

Minister **v. Hammerstein:** Zur Einschränkung der dortigen Grubenwässer seien bereits Vermauerungen erfolgt, durch welche der Umfang des Grubenbetriebes auf die Hälfte reduzirt worden sei. Seitens der Regierung seien Erwägungen im Gange, wie durch eine anderweite Zuführung der Grubenwässer zur Ems die jetzigen Schädigungen für die Landwirthschaft zu vermeiden seien.

Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die Interpellation Brandenburg wegen der Anordnung von Festtagsarbeiten im Piesberger Bergwerk.

Die Interpellation fragt an, ob die Regierung mit dieser Verpflichtung der Arbeiter zur Arbeit an katholischen Feiertagen einverstanden sei?

Abg. **Brandenburg** begründet die Interpellation.

Minister **Brefeld** hebt zunächst hervor, die Gewinnung der Kohle im Piesberge sei mit großen Kosten und Schwierigkeit verbunden wegen des stark zunehmenden Wasserandranges. Die tägliche Kohlenförderung ist deshalb von 750 auf 450 Tonnen zurückgegangen. Auch der Salzgehalt der Grubenwasser hat zugenommen; infolge zahlreicher Beschwerden haben daher die Abwässer bereits in die Ems statt in die Haase geleitet werden müssen. Die finanzielle Lage des Grubenbetriebes ist daher eine sehr bedenkliche. Läßt man die Grube ersaufen, so wäre das ein Schaden für die Aktionäre, aber ein noch größerer für die Arbeiter. Deshalb ist zu dem angefochtenen Mittel gegriffen worden, zu dem Arbeitenlassen an neun (nicht sieben!) katholischen Feiertagen. Die Wasserhaltung müßte ohnehin weiter arbeiten, sonst würde das Werk ersaufen, fraglich war nur, in wie weit auch der Förderungsbetrieb erlaubt sein sollte. Die Polizei hat bei dieser Lage die Erlaubniß ertheilt. Es lag aber der Gesellschaft daran, daß die Arbeiter auch freiwillig und ohne Gewissensdruck arbeiteten. Dem Bischof gegenüber hat sich die Gesellschaft zur Einrichtung eines Gottesdienstes, zur Tragung der Kosten dafür verpflichtet. Weshalb der Gottesdienst doch nicht eingeführt worden ist, weiß ich nicht. Aber die Gesellschaft läßt erst von 9 Uhr morgens ab arbeiten. Was nun die Rechtslage anlangt, so sind auch im Bereiche der hannoverschen Sabbathordnung nach ständiger behördlicher Praxis die kleinen katholischen Festtage nicht als solche im Sinne der Gewerbe-Ordnung angesehen worden. Ferner aber ist auch stets die Nothlage des Besitzers als ein Nothfall im Sinne der Gewerbe-Ordnung betrachtet worden. Ich bin aufrichtig der Meinung, daß die hannoverschen Behörden die Bestimmungen richtig ausgelegt haben, und daß es sich hier um eine konstante Praxis handelt. Die Arbeiter hätten daher nicht die Arbeit niederlegen sollen, zumal doch hier nicht eine dauernde Erlaubnißertheilung vorliegt, sondern eine widerrufliche. Die Arbeiter dort sind solide, anständige Leute, und die Verwaltung wird Nachsicht gegen sie üben, wenn sie ihren Irrthum einsehen und erkennen, daß es sich hier nicht so sehr um das Interesse der Eigenthümer handelt, als um das der Arbeiter selbst. Ich kann nur hoffen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Auf Antrag Porsch gelangt die Interpellation zur Besprechung.

Abg. **Beumer** bestreitet, daß es sich um ein religiöses Problem oder um eine Lohnfrage handle. Es liege hier lediglich der agitatorische Zweck vor, der Kampf darum, wer Herr im Hause sein solle. An all den betreffenden katholischen Festtagen werde am Rhein und auch in den Osnabrücker Hütten gearbeitet. Der Dividenden-Durchschnitt von Georg Marien in den letzten 20 Jahren betrage überdies nur 2,94 pCt. Die Schuld liege namentlich an dem plötzlichen Widerstande des niederen Klerus gegen den Bischof. Der Klerus habe den geplanten Frühgottesdienst nicht zu stande kommen lassen. Deshalb habe der von der Bergwerks-Verwaltung mit so weitem Blick gewählte Weg, daß sich nämlich die Verwaltung an den obersten Seelsorger, den Bischof, wandte, nicht zum Ziele geführt.

Abg. **Porsch** bestreitet, daß wegen einer irgend wie gearteten finanziellen Nothlage des Werks an den katholischen Feiertagen gearbeitet werden müsse. Wenn man sage, daß sonst der Betrieb eingestellt werden müsse, — ja, die Arbeit an den 7 oder 9 Tagen könne danach nicht so ins Gewicht fallen, daß das Werk allein dadurch betriebsfähig erhalten werde.

Abg. **v. Zedlitz** hält die Ausführungen des Ministers über die Rechtslage für vollkommen unanfechtbar.

Abg. **Sattler** führt aus: Das Festhalten an einer alten Sitte verstehe er durchaus. Aber wisse denn Herr Brandenburg nicht, daß schon seit langem auf allen übrigen Werken der Georg Marien-Gesellschaft auch an jenen kleinen katholischen Festtagen ständig gearbeitet werde? (Zuruf: Zwangsweise!) Wenn der Bergbau am Piesberge ganz eingestellt werde, weil er unlohnend sei, so sei das nur zum Schaden der Arbeiter, nicht zum Schaden der Aktionäre, da der Piesberg nur Zuschüsse erfordere.

Abg. **Stötzel:** Der Minister räth jetzt so dringend zur Einigung, aber warum hat er nicht schon früher vermittelt? Kontraktbrüchig sind die Arbeiter nur geworden, weil man ihre Massenkündigung nicht annahm, die doch dem Werke erlaubt ist. Und wie kam es, daß man die Arbeiter mißachtend bei Seite schob und über ihre Köpfe weg mit dem Bischof verhandelte? Ich kann den Arbeitern hier vor dem Lande nur meine vollste Anerkennung dafür aussprechen, daß sie noch etwas Idealeres kannten, als den materiellen Lohn, und auf den katholischen Feiertagen bestanden.

Minister **Brefeld** entgegnet, es sei für die Zentralstelle ganz unmöglich, sich bei Ausständen vermittelnd einzumischen. Die Zahl der Ausstände sei auch im Laufe der letzten Jahre viel zu sehr angewachsen, um eine solche Einmischung als möglich, als durchführbar erscheinen zu lassen. Die Zentralstelle sei auch im Einzelfalle gar nicht so informirt wie die Ortsbehörden. Er bleibe dabei: die heutige Verhandlung werde hoffentlich die Arbeiter davon überzeugen, daß sie im Irrthum waren. Auf jeden Fall dürfe man ihm glauben: wenn der Nothstand vorbei sei, werde der Dispens zurückgezogen werden.

Abg. **Wamhof,** Vertreter des Wahlkreises, in welchem Piesberg liegt, äußert den lebhaften Wunsch nach Beilegung des Zwistes, dabei erwähnend, daß er mit den Piesberger Arbeitern am Sonnabend eine Unterhaltung gehabt habe. Er sei überzeugt, die Bergwerks-Verwaltung werde Milde walten lassen. Die Arbeiter ihrerseits hätten ja auch ihm gegenüber zugegeben, daß sie auswandern müßten, wenn der Betrieb von Piesberg eingestellt werde. Die Sache sei jedenfalls ernst, und er selbst werde gern alles zur Verständigung beitragen. Seine Sympathien stünden jedenfalls ebenso sehr auf seiten der Arbeiter, wie die des Zentrums.

Ein Schlußantrag wird jetzt angenommen, womit die Besprechung beendet ist.

Es folgt die Berathung des Antrages v. Lieres und Wilkau auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Kreisabgabenpflicht der Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Im Laufe einer jetzt folgenden Geschäftsordnungsdebatte über Anberaumung noch einer Abendsitzung mit der Tagesordnung Petitionen, erklärt auf eine Provokation durch Sattler der

Graf **Limburg,** seine Freunde hätten auf die Behandlung der Interpellation Kanitz nur verzichtet, weil sie eine so wichtige Sache nicht bei so leerem Hause hätten verhandeln wollen.

Auf eine Abendsitzung wird schließlich verzichtet.

Die Sitzung schließt sodann in der üblichen Weise (Verlesung der üblichen Geschäftsübersicht durch den Präsidenten, sowie Dankesaustausch zwischen Präsidium und Haus.)

Schluß 4¼ Uhr.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung für Vorberathung der Angelegenheit betreffend den Abschluß eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken hat heute unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers-Stellvertreters Michelet und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirschner und des Stadtraths Zabel die erste Sitzung abgehalten und dieselbe mit der Generaldebatte ausgefüllt. Der Ausschuß wünscht, daß der Magistrat ihm die Verhandlungen der in dieser Sache eingesetzt gewesenen gemischten Deputation und die abgegebenen Gutachten zugänglich machte, und soll nach Eingang des Materials eine neue Sitzung angesetzt und in die Spezialberathung des Vertrages eingetreten werden.

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises werden ersucht, morgen, Donnerstag, früh 7½ Uhr, sich in folgenden Lokalen zur Flugblatt-Verbreitung recht zahlreich einzufinden: Mörschel, Jüdenstr. 35; Sommer, Grünstr. 21; Glaue, Krausenstr. 18; Stockfisch, Holzgartenstr. 5; Vogt, Charlottenstraße 60; Schmidt, Flensburgerstr. 24.

Den Parteigenossen des vierten Wahlkreises die Mittheilung, daß am nächsten Donnerstag, als am Himmelfahrtstage eine Herrenpartie nach Friedrichshagen stattfindet. Es wäre erwünscht, daß sich an dieser Partie einige Gesangvereine betheiligten. Zahlreicher Betheiligung der Genossen wird entgegengesehen. Die Vertrauensperson.

Den Parteigenossen des sechsten Wahlkreises zur Kenntniß, daß zu der am 22. Mai stattfindenden Urania-Vorstellung Billets bei Franz Gleinert, Müllerstr. 7a noch zu haben sind.

Die erste Abtheilung der Freien Volksbühne hat am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 2¾ Uhr, im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater die letzte Aufführung in dieser Spielsaison, und zwar Ernst von Wolzogen's „Lumpengesindel", unter Mitwirkung der Herren Gustav Kober und Richard Oeser vom Deutschen Theater als Gäste. Gleichzeitig findet im Lessing-Theater die vierte Vorstellung der Henrik Ibsen'schen „Wildente" für die vierte Abtheilung statt. Die gleiche Vorstellung für die fünfte Abtheilung folgt am Pfingst-Sonntag Nachmittag und die Vorstellungen vom „Lumpengesindel" für die zweite Abtheilung am 5. Juni (siehe heutiges Inserat), für die dritte Abtheilung am 12. Juni, für die vierte Abtheilung am 19. Juni und für die fünfte Abtheilung am 26. Juni. Während der Feriennonate, Juli und August, werden keine Vorstellungen veranstaltet. Mitte Juli findet die nächste Generalversammlung statt. Die Ausgabe der neuen Karten erfolgt Ende August. Der Vorstand. J. A.: J. Winkler.

Sommerurlaub für Handlungsgehilfinnen. Der Berliner „Kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte" hat die Geschäftsinhaber auch in diesem Jahre wieder durch Rundschreiben gebeten, dem weiblichen Personal Sommerurlaub, womöglich unter Fortbezug des Gehalts, zu gewähren oder wenigstens einen Nachmittag in der Woche freizugeben. Dem alljährlich wiederholten Ersuchen um Sommerurlaub soll, einer von dem Verein ausgehenden Zeitungsnotiz zufolge — bisher von „vielen" Geschäftsinhabern entsprochen worden sein. Als im vorigen Frühjahr eine ähnliche Notiz über die Sommerurlaubs-Bitte durch die Zeitungen ging, warfen wir die Frage auf, warum denn in den Jahresberichten des Vereins nicht genaues angegeben wird, wie vielen ein Urlaub, mit oder ohne Gehalt erwirkt wurde. Zugleich wiesen wir darauf hin, daß, während frühere Berichte von einem Erfolg der Bitte zu melden wußten, der Bericht pro 1896 nichts darüber sagte, ob sie auch diesmal erfolgreich war. Wir knüpften daran die Vermuthung, daß der Erfolg nachgelassen habe. Darauf antwortete die Vereinsleitung in ihrem Monatsblättchen, ihre Bemühungen in Sachen des Sommerurlaubs seien von wachsendem Erfolge begleitet; eine Erhebung über die Zahl der Beurlaubungen mit Gehalt sei für 1897 geplant. Der Bericht pro 1897 verbreitet sich nun über den Sommerurlaub und Sommeraufenthalt der Mitglieder mit besonderer Ausführlichkeit, giebt aber wieder nicht an, wie viele Urlaub mit Gehalt bekamen. Es wird auch nicht gesagt, ob eine Erhebung darüber stattgefunden hat, ja es wird nicht einmal erwähnt, daß eine solche geplant war. Nach wie vor wird nur in allgemeinen Ausdrücken berichtet, daß die alljährliche Bitte, „wie Zuschriften von Mitgliedern an den Verein beweisen, in zahlreichen Fällen Erfüllung findet". Sollte es denn wirklich so schwer sein, aus den Zuschriften genauer festzustellen, wie viele Fälle wenigstens zur Kenntniß der Vereinsleitung gelangt sind? — Auch die Bitte um einen freien Nachmittag erwähnt der Bericht, er schweigt aber darüber, ob der Vereinsleitung bekannt ist, daß diese Bitte 1896 von einer nennenswerthen Anzahl von Geschäftsinhabern erfüllt worden sei. Daß das bis jetzt nicht der Fall gewesen ist, darauf deutet der Zusatz hin: „Hoffentlich werden unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt sein", — wonach der „Erfolg" also erst noch kommen soll. Wollen's abwarten.

Die Lokalkomitees der Ferienkolonien sind gestern im Bürgersaale des Rathhauses versammelt gewesen. Bei dieser Gelegenheit wurden wieder die alten begründeten Klagen erhoben, welche an dem vielgerühmten Wohlthätigkeitssinn der Berliner Bourgeoisie nicht gerade viel Gutes lassen. In einem Bericht über die Sitzung heißt es: „Mehrere Redner bedauerten lebhaft die Unkenntniß, die noch in weiten Kreisen über die Ziele der Ferienkolonien herrsche. Immer wieder müsse darauf hingewiesen werden, daß bei der Lauheit, ja Unfreundlichkeit, mit der viele Mitbürger den Komiteemitgliedern bei der Zirkulation der Sammellisten begegnen, an eine Ausdehnung der Thätigkeit der Ferienkolonien kaum gedacht werden könne, so nothwendig diese angesichts der zahlreichen, stets sich vermehrenden Anmeldungen schwächlicher und bedürftiger Kinder sei. Das Komitee könne leider in vielen Fällen nicht darauf verzichten, daß Eltern und Gönner für Kinder, denen der Arzt eine Luftveränderung und so weiter dringend empfohlen habe, entsprechende Beiträge zu zahlen, was schon oft zu der irrigen Anschauung geführt habe, als ob manche Kinder bevorzugt würden. Bei den geringen verfügbaren Mitteln müsse leider eine große Anzahl von Kindern, die Berücksichtigung verdienen, zurückgewiesen werden." Diese Mittheilungen bestätigen nur die von uns seit Jahren ausgesprochene Ansicht, daß gerade die bedürftigsten Kinder am wenigsten Aussicht haben, der in den Ferienkolonien gebotenen Wohlthaten theilhaft zu werden. Bemerkenswerth ist ferner, daß Frau Direktor Jessen in dem von ihr erstatteten Bericht ihr Bedauern darüber aussprach, daß weder der Magistrat noch staatliche Behörden das Komitee durch Beiträge unterstützen. Das Zentralkomitee müsse hierin Wandel schaffen und auch dafür sorgen, daß die größeren Vereine mehr Interesse an dem Gedeihen der Kolonien nehmen. Vielleicht ringt sich schließlich auch bei den Leitern der Ferienkolonien die Anschauung durch, daß das gemeinnützige Unternehmen nur dann umfassend und wahrhaft ersprießlich wirken kann, wenn Staat und Gemeinde endlich ihrer sozialen Pflichten eingedenk handeln. Aber da kommt man natürlich wieder mit dem bequemen Einwand von dem verhängnißvollen ersten Schritt auf der „schiefen Ebene", die geradeswegs in den ††† sozialistischen Zukunftsstaat hineinführt!

Der Kommunal-Freisinn in Nöthen. Ueber die Oberbürgermeisterfrage äußerte sich gestern Stadtv. Ullstein im „Fortschrittlichen Verein vor dem Halle'schen Thore". Er meinte, die Besetzung

des Oberbürgermeisterpostens habe die Stadtverwaltung in ziemliche Verlegenheit gebracht, da es an geeigneten Bewerbern fehle. Ernstlich kämen im Augenblick nur zwei Kandidaten in betracht, Stadtrath Kämpf und Bürgermeister Kirschner. Dem ersten fehle die für den Posten angesichts der zahlreichen Verwaltungsfragen unbedingt erforderliche juristische Vorbildung, der zweite sei unstreitig ein tüchtiger, fleißiger Beamter, gehe aber in seiner Rücksichtnahme nach oben noch viel weiter als der gegenwärtige Oberbürgermeister. Für den Posten einen guten Verwaltungsbeamten zu finden, der gleichzeitig ein strammer Fortschrittsmann sei, werde wohl schwer halten, zumal sich keine Bewerber von auswärts meldeten. Von den bisher genannten Oberbürgermeistern Bender-Breslau, Adickes-Frankfurt u. a. erscheine es zweifelhaft, ob sie zur Uebernahme der Stellung geneigt wären. Es sei selbst der Gedanke aufgetaucht, den Oberbürgermeisterposten öffentlich auszuschreiben, doch habe man ihn mit Recht als der deutschen Reichshauptstadt unwürdig fallen gelassen. Wie die Dinge liegen, sei die Kandidatur Kirschner, trotzdem sie auf den Widerstand eines Theiles der Stadtverordneten stoße, die aussichtsvollste.

Im Zeichen des Verkehrs. Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Anläßlich der Mittwoch Vormittag im Lustgarten stattfindenden Parade des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 werden der Lustgarten und die Schloßfreiheit von 11½ Uhr ab bis nach beendeter Parade nach Bedarf für den allgemeinen Verkehr gesperrt werden.

Die nächste Straßenbahnlinie, auf welcher der elektrische Betrieb eingeführt werden wird, ist die Linie Schlesisches Thor — Schöneberg (Kolonnenstraße). Bereits sind die Arbeiten für die Legung der oberirdischen Leitung in der Köpnickerstraße in Angriff genommen worden.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Am 7. d. M., abends gegen 7½ Uhr wollen zwei Knaben an der Ecke Skalitzer- und Mariannenstraße einer Frau ein Portemonnaie über 20 M. aus der Rocktasche gestohlen haben. Die Geschädigten wollen sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium Zimmer 323 II melden.

Der Präsident des hiesigen Amtsgerichts I, der erst vor einigen Monaten von Bromberg nach Berlin berufene Präsident Herzog, ist von einem Schlaganfalle getroffen und zur Zeit dienstunfähig geworden. Seine Vertretung hat der aufsichtsführende Richter, Geheimer Justizrath Zur Westen übernommen.

In einem Anfalle von nervöser Ueberreizung hat ein junger Jurist, der Sohn des Landgerichts-Direktors L. vom Landgericht I, Hand an sich gelegt. Der junge Mann, der mit Vornamen Ferdinand heißt, hatte sich zum Examen überarbeitet und tödtete sich gestern Vormittag um 11¾ Uhr in der elterlichen Wohnung im Südwesten der Stadt durch einen Revolverschuß in die linke Schläfe. Als man das Zimmer, in dem er sich verriegelt hatte, mit Gewalt öffnete, war er schon todt. Die Leiche wurde um 2½ Uhr nach dem Schauhause abgeholt.

An Gerichtsstelle erschossen hat sich gestern vormittag der pensionirte Lokomotivführer W. K. Gegen 11 Uhr erschien er vor dem Vormundschaftsgericht in der Neuen Friedrichstraße 16 und verlangte, sofort abgefertigt zu werden. Als ihm der amtirende Richter, Assessor Dr. Wolf, bedeutete, daß er sich einen Augenblick gedulden sollte, die Akten wären nicht zur Stelle und müßten erst geholt werden, fing der Mann an zu toben: „Alle Richter wären nichts werth und er würde es den alten Herren schon besorgen.“ Assessor Wolf drohte ihm hierauf mit Verhaftung, wenn er sich nicht anständig betrage. Darauf schrie der Lokomotivführer: „Was? verhaften lassen wollen Sie mich? Eher schieße ich alle Richter todt und Sie zuerst!“ Blitzschnell holte K. einen Revolver hervor, legte auf den Assessor Wolf an und drückte los. Der Revolver versagte aber, und nun drückte K. die Waffe auf sich selber ab und stürzte, tödtlich in den Mund getroffen, vor den Schranken nieder. Alle Versuche, das Leben zu retten, waren vergeblich. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Man nimmt an, daß K. irrsinnig gewesen ist.

Straßensperrungen. Die Havelbergerstraße von der Stendalerbis zur Perlebergerstraße wird behufs Asphaltirung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Desgleichen die Lessingstraße vom Hansa-Platz bis zur Flensburgerstraße einschließlich des Kreuzdammes.

Die Inhaber der zusammengebrochenen Firma Julius Reißner, die Kaufleute Hürche, Melchert und Wollin, haben sich der Staatsanwaltschaft gestellt. Das Geschäft hat früher unter der Firma Reißner u. Wolff etwa 17 Jahre lang am Hackeschen Markt bestanden. Als Reißner starb, war Wolff bereits ausgeschieden. Melchert übernahm das Geschäft durch Abfindung der Wittwe Reißners, der er sich dauernd 300 M. monatlich zu zahlen verpflichtete. Frau Reißner, die in der Immanuelkirchstraße 30 wohnt, erhielt schon seit einigen Monaten dieses Geld nicht mehr, steckte vielmehr noch von ihrem eigenen ins Geschäft hinein, obwohl es immer mehr zurückging. Terrain- und Spekulationsgeschäfte, die früher gar nicht gemacht wurden, führte erst Hürche ein.

Der Leichendiener des Schauhauses, Blasius, der seit zwölf Jahren sein Amt verwaltete und während dieser Zeit Tausende von Selbstmörderleichen eskortirte und überwachte, ist selbst zum Selbstmörder geworden. Vor kurzem wurde ihm seine Stellung gekündigt, und er sollte wegen Unregelmäßigkeiten ohne Ruhegehalt entlassen werden. Vor acht Tagen blieb er plötzlich aus seiner Wohnung weg und kündigte durch eine Postkarte seiner Frau an, daß er Selbstmord begehen werde. Diese Absicht führte er auch aus. Seine Leiche wurde aus dem Spandauer Schifffahrtskanal gelandet.

Beim Arbeiten nach Feierabend ist am Montag der Maurerpolier Pale in der Rochstr. 62 verunglückt. Dort wird das Haus abgebrochen. Beim Umstürzen eines Pfeilers, welche Arbeit noch am Abend verrichtet wurde, wurde die Decke durchschlagen und der Polier stürzte nebst zwei Arbeitern in den Keller hinab. Während diese mit dem Schrecken davonkamen, erlitt Pale einen Beinbruch. Wie berichtet wird, soll der Unglücksfall durch die überhastete Art, in der wieder einmal gearbeitet werden mußte, verursacht worden sein.

Die Sammelliste zum Wahlfonds Nr. 9955 ist verloren gegangen. Abzugeben bei Bayer, Wriezenerstr. 24. Auf der Liste war bereits 1 M. gezeichnet.

Feuerbericht. Montag Abend 8 Uhr entstand Brücken-Allee 6 ein Zimmerbrand, der Gardinen und Möbel ergriff. Bei den Löschungsversuchen erhielt ein Dienstmädchen starke Brandwunden an den Händen. Dienstag früh 4 Uhr brannte Sickingenstraße 24/26 ein Preßkohlenlager. Die Wehr mußte über eine Stunde Wasser geben, bevor die Flammen gedämpft wurden. Mittag 12 Uhr ging Kottbuserstr. 1 ein Bett in einer Wohnung in Flammen auf. Um 3½ Uhr nachmittags wurde die Wehr nach Krautstr. 52 gerufen, wo zwei Pferde in einen Kellerschacht gestürzt waren. Sie wurden unbeschädigt herausbefördert.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Den Vorständen der Gewerkschaften zur Nachricht, daß am 25. d. M., abends 8 Uhr, zwei Volksversammlungen stattfinden, in welchen die Reichstags-Abgeordneten Auer und Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen werden. Es ist erwünscht, daß keine anderen Versammlungen auf diesen Tag einberufen werden. Die Vertrauensleute.

Schöneberg. Wir erinnern die Parteigenossen daran, daß heute, Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Genosse Alfons Borchardt-Berlin über „Die Reichstagswahlen“ sprechen wird. — Ferner weisen wir die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins schon jetzt darauf hin, daß am Montag, den 23. Mai, eine Vereinsversammlung bei Obst, Grunewaldstr. 110, abgehalten wird. Tagesordnung: „Die Erhöhung der Brotpreise und der spanisch-amerikanische Krieg.“

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am Montag das vom Magistrat vorgelegte Projekt betr. den Ausbau der sogenannten Prachtstraße Haupt- bis Friedenauerstraße. Des weiteren wurde beschlossen, „daß Mitglieder der Deputationen sich an Lieferungen und Ausführung von Arbeiten für die Stadtgemeinde nicht betheiligen dürfen, soweit solche Lieferungen und Arbeiten in den Geschäftskreis der betr. Deputation fallen“. — Ein kleiner Konflikt zwischen Stadtverordneten und Aufsichtsbehörde spielte sich bei folgendem Fall ab. Die Versammlung hatte in einem früheren Beschluß das „Schöneberger Tageblatt“ zum amtlichen Publikationsorgan ernannt. Daraufhin erließ der Landrath eine Bekanntmachung, wonach die polizeilichen Bekanntmachungen nicht in diesem, sondern im „Teltower Kreisblatt“ zu erfolgen haben. Darob nun große Entrüstung bei unseren Stadtverordneten. Ganz energisch trat der Vorsteher für den von der Versammlung gefaßten Beschluß ein. Es sei kaum glaublich, daß man am Ende des 19. Jahrhunderts einer jungen, aufblühenden Stadt solche Widerwärtigkeiten in den Weg legen könne. Das Kreisblatt werde in vielleicht 20 Exemplaren in Schöneberg gehalten. Und da sollen die polizeilichen Bekanntmachungen der Allgemeinheit zur Kenntniß gebracht werden. Das Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung werde dadurch verletzt und müsse an dem gefaßten Beschlusse energisch festgehalten werden? Dazu wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Stadtverordneten-Versammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, im Interesse der finanziellen Selbständigkeit der Stadtgemeinde den Austritt deshalb aus dem Kreise mit der thunlichsten Schnelligkeit zu veranlassen.“ — Ferner wurde ein Antrag betr. „die augenärztliche Untersuchung der Schulkinder“ angenommen; der Antrag unserer Genossen: „die Untersuchung der Kinder auf ihren sonstigen Gesundheitszustand monatlich einmal, mindestens aber periodenweise stattfinden zu lassen,“ wurde, wie wir voraussahen, abgelehnt; finanzielle Schwierigkeiten sollen diesem Antrage im Wege stehen.

Adlershof. Die Parteigenossen werden aufgefordert, der am Mittwoch, den 18. Mai, im Lokal von Wöllstein stattfindenden freisinnigen Versammlung fern zu bleiben. Die uns zugegangene Versammlungseinladung spricht von einer öffentlichen Vereinsversammlung des freisinnigen Volksvereins und richtet sich nur an die freisinnigen Wähler. Die Redefreiheit erscheint uns daher nicht garantirt, und daher fordern wir nochmals zum Fernbleiben von der Versammlung auf, umsomehr, da dieselbe in einem gesperrten Lokal stattfindet. Das Wahlkomitee.

Friedrichsberg. Die Parteigenossen Bernh. Lange, Wartenbergstraße 67, und Bernh. Weissfluck, Wartenbergstr. 68, haben sich verpflichtet, für solche Wähler, die keine Zeit haben, die Wählerlisten einzusehen. Gleichzeitig werden die Genossen, die sich am Donnerstag an der Flugblattverbreitung betheiligen wollen, ersucht, sich bei Emil Heinicke, Friedrich Karlstr. 11, und Bernh. Lange, Wartenbergstraße 67, früh 8 Uhr einzufinden.

Britz. Am 20. d. M. hält der Volksbildungsverein bei Dorn, Bürgerstr. 4, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Die Agitation. Gäste haben Zutritt.

Rixdorf. Heute (Mittwoch) abends 8 Uhr findet in der „Neuen Welt“ (bal champêtre), Hasenhaide 108/114, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel: Die bevorstehende Reichstagswahl und die Agitation auf dem Lande. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevertretung.

Die Parteigenossen von Wilmersdorf werden auf den heutigen Vortrag des Genossen Dr. Joël im Arbeiter-Bildungsverein aufmerksam gemacht. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

In Ober-Schöneweide spricht heute Abend 8 Uhr Genosse Stadthagen bei Haferland über die Reichstagswahlen.

Das Auftreten von Kreuzottern in der Wuhlhaide, über welches auch im Sommer des vorigen Jahres berichtet wurde, ist am letzten Sonntag mehrfach beobachtet worden. Im Laufe des Nachmittags gelang es einem Manne, zwei der schädlichen Thiere zu tödten. Auch die unschädlichen Ringelnattern, die vielfach für giftig gehalten und mit der Kreuzotter verwechselt werden, trifft man jetzt häufig besonders in den feuchten Stellen der Haide an, die an dem dieselbe durchquerenden Graben gelegen sind.

Die Gemeindevertretung in Rixdorf hat beschlossen, die Weiterpflasterung der Kaiser Friedrichstraße von der Erkstraße bis zur Herzbergstraße in Angriff zu nehmen und die Fertigstellung thunlichst zu beschleunigen. Dabei sollen die Schienenstränge für die elektrische Straßenbahn berücksichtigt werden, so daß man die Verbindung der elektrischen Straßenbahn von Bahnhof Rixdorf, durch die Bergstraße, Richardplatz, Herzbergstraße, Kaiser Friedrichstraße zur Urbanstraße und Blücherplatz 2c. vielleicht noch in diesem Sommer erlangen kann.

Soziale Rechtspflege.

Nochmals der Ausschluß der Oeffentlichkeit vor dem Gewerbegericht. Gestern charakterisirten wir die moralische Leidenschaft einzelner Gewerbegerichts-Vorsitzenden, bei jeder Kleinigkeit die Oeffentlichkeit auszuschließen. Jetzt sind wir in der Lage, festzustellen, daß davon das Verhalten des Gerichtschefs, Gewerberichters v. Schulz, angenehm absticht. Während einer Verhandlung am 16. Mai beantragte der Kläger selber den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Herr v. Schulz veranlaßte darauf den Gerichtshof erst zu einer eingehenden Berathung des Antrages, der schließlich vorläufig abgelehnt wurde. Später wurde zwar die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, indessen nur für einzelne Beweisfragen, die zurückgestellt worden waren, nach ihrer Erledigung wurde die Oeffentlichkeit sofort wieder hergestellt und dann in der Verhandlung fortgefahren.

Einen Rechtsstreit wegen Erfüllung eines Lehrvertrages erledigte die Kammer II des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz. Die Mutter des beklagten Lehrlings Franz K., der auf ihr Verlangen die Lehre bei dem Mützenfabrikanten E. V. A. verlassen hatte, machte gegen das Verlangen des Meisters auf Erfüllung des Lehrvertrages moralische und religiöse Bedenken geltend. Die Frau, die eine eifrige und scheinbar auch eine eifernde Katholikin ist, zitterte, wie sie sagt, für das Seelenheil ihres siebzehnjährigen Sohnes. Sie will ihn hauptsächlich gerade deshalb zu A. in die Lehre gegeben haben, weil dieser auch Katholik sei. Der Meister habe sich aber über die katholische Geistlichkeit lustig gemacht, so daß der Junge Herrn A. für viel aufgeklärter wie seine Mutter erklärt habe. Dann habe A. auch durch Handlungen und Reden, die die Scham verletzten, seiner Verpflichtung, den jungen Mann zu einem anständigen Menschen zu erziehen, entgegengewirkt. Herr A. bestritt alles und ließ an dem Lehrling, den er wiederhaben wollte, kein gutes Haar. Eine umfangreiche Beweiserhebung, die zum kleineren Theile unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, erbrachte manches, was Herrn A., und anderes, was den Lehrling belastete. Der Jüngling scheint nach dem von seiner Mutter erstrebten Seelenheil garnicht solch großes Verlangen zu tragen; seiner Jugend Drang führt ihn ganz andere Wege. An äußerer Wohlanständigkeit kam er nach der Beweiserhebung so ziemlich dem Meister gleich. Dieser hat eine Arbeiterin im Alter von 14—15 Jahren mit der Hand auf einen bestimmten Körpertheil geklatscht, allerdings scheinbar „nur im Scherz“, aber doch erst nach Vorbereitungen, wie sie strenge Eltern bei kleinen unartigen Mädchen treffen. Nach etwa vierstündiger Verhandlung wurde A. abgewiesen und das Lehrverhältniß für gelöst erklärt. Herr v. Schulz führte aus: Die Verhandlung habe zwar ergeben, daß der Lehrling anscheinend ein verwahrloster Mensch sei. Andererseits sei aber festgestellt, daß der Lehrherr seine gesetzlichen Pflichten gegen den Lehrling in einer die Sittlichkeit gefährdenden Weise vernachlässigt habe. Nach § 128 der Gewerbe-Ordnung habe deshalb der Beklagte einseitig den Lehrvertrag lösen können.

Gerichts-Zeitung.

Die schweren Beschuldigungen, die der ehemalige Kirchendiener Karl Teßmann seit Jahren gegen seinen früheren Vorgesetzten, den Küster Schulz bei der St. Johanniskirche in Moabit, erhebt, bildeten wiederum die Unterlage zu einer Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I gegen Teßmann stattfand. Der Angeklagte ist im Jahre 1891 aus dem Dienst entlassen worden. Er hält den Küster Schulz für den Urheber dieser Maßregel und ist gegen ihn von einem unauslöschlichen Haß beseelt. In öffentlichen Versammlungen, die Teßmann einberief, beschuldigte er den Küster Schulz der schwersten Vergehen, wie Fälschung der Kirchenbücher, um begangene Unterschlagungen zu verdecken, u. s. w. Schulz sei Eigenthümer zweier Häuser, welche er für das zu unrecht erworbene Gut gekauft habe. Es haben bereits umfangreiche Verhandlungen stattgefunden, wobei den von Teßmann angebotenen Beweisanträgen in der eingehendsten Weise stattgegeben wurde, ohne daß irgend etwas Belastendes gegen Schulz zu tage gefördert wurde. Die Bestrafung Teßmann's hat auf ihn keine Wirkung ausgeübt, nach wie vor hat er seine Beschuldigungen wiederholt und sich immer neue Anklagen zugezogen. Auch im gestrigen Termine beharrte er auf seinem früheren Standpunkt. Inzwischen sind Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Teßmann's erhoben und er ist von dem Kreisphysikus Dr. Leppmann auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Der Sachverständige begutachtete, daß der Angeklagte zweifellos geisteskrank sei und für sein Verhalten nicht verantwortlich gemacht werden könne. Teßmann leide an einer krankhaften Selbstüberschätzung seiner Fähigkeiten und Leistungen. Von allen seinen Vorgesetzten wähne er sich zu unrecht behandelt und glaube, daß dieselben rechtsbeugende Mittel anwendeten, um ihn aus dem Dienste zu bringen. Er glaube sogar, daß die Leitung der früheren Prozesse gegen ihn nicht in unbefangener Weise stattgefunden habe. Es sei eine ganz bestimmte Art von Irrsinn, von dem Teßmann befallen sei.

Der Gerichtshof mußte auf grund dieses Gutachtens ein freisprechendes Erkenntniß fällen.

Die Urfehde, die einer hiesigen städtischen Lehrerin von mehreren Personen geschworen zu sein scheint, beschäftigte gestern wiederum die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts I während eines ganzen langen Sitzungstages. Die auf Beleidigung lautende Anklage richtete sich gegen die Frau Hausbesitzer Anna Wenster, den Ziseleur Harnd und den Hausverwalter Wipprecht, gegen welche die städtische Handarbeits-Lehrerin Fräulein Z. als Nebenklägerin auftrat. Letztere wohnte früher in einem der Frau Wenster gehörig gewesenen Hause in der Neuen Königstraße und dort hat sich, wie verschiedene vorausgegangene Prozesse bewiesen haben, eine bittere Feindschaft zwischen den beiden herausgebildet. Die Lehrerin ist der Gegenstand vielfacher wörtlicher und auch thätlicher Angriffe gewesen; einmal ist sie sogar — wie das Gericht angenommen hat im Auftrage der Frau Wenster — von einem Manne die Treppe hinuntergeworfen worden, so daß sie sich blutige Kopfwunden zugezogen hat und von zwei Aerzten verbunden werden mußte. Die städtische Schuldeputation hat dann Veranlassung genommen, wegen Beleidigung des Frl. Z. einen Strafantrag gegen Frau Wenster zu stellen; letztere hatte nämlich in einer Eingabe an die Schuldeputation die Behauptung aufgestellt, daß Frl. Z. zur Erziehung der Jugend ungeeignet sei, weil sie dem Alkoholgenusse fröhne und mehrfach total betrunken sich gezeigt habe. Diese Behauptungen wurden s. Z. vom Schöffengerichte mit Hilfe seines umfangreichen Zeugenmaterials in einer bis zum Abend währenden Sitzung untersucht, aber nicht für begründet erachtet. Frau Wenster wurde daher zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängniß verurtheilt und hat diese Strafe auch verbüßt. Sie mußte vor einiger Zeit abermals vor dem Schöffengericht erscheinen, weil sie noch einmal eine Eingabe an die Schuldeputation gerichtet und unter Berufung auf eine Reihe von Zeugen, unter denen sich auch die beiden Aerzte befanden, die Fräulein Z. nach dem Sturz von der Treppe verbunden hatten, wiederum behauptete, daß Frl. Z. an ganz bestimmten Tagen hochgradig betrunken gewesen sei und nach Alkohol gerochen habe. Ihre jetzigen Mitangeklagten hatte sie veranlaßt, gleiche Schritte gegen Frl. Z. zu unternehmen. Wiederum fand eine sehr umfangreiche Beweisaufnahme statt und die Verhandlung endete damit, daß Frau Wenster aufs neue zu zwei Monaten, Harnd zu einem Monat, Wipprecht zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Gegen dieses Urtheil war die Berufung eingelegt worden und die erste Strafkammer mußte sich abermals viele Stunden mit dieser Angelegenheit abquälen. Unter den vernommenen Zeugen befanden sich auch wieder die beiden Aerzte, die übereinstimmend bekundeten, daß sie an jenem Abend, an dem sie Frl. Z. zu verbinden hatten, zwar der Ueberzeugung gewesen waren, daß die Patienten betrunken sei. Allerdings waren sie infolge von Aeußerungen, die sie bei ihrem Erscheinen von Nachbarsleuten hörten, in dieser Beziehung etwas voreingenommen, doch wollen sie auch durch das ganze sonderbare Verhalten der Dame und einen alkoholartigen Geruch, den sie an ihr wahrnahmen, zu der Ansicht gebracht worden sein. Die gestrige Verhandlung, in deren Verlauf sich Fräulein Z. wiederholt den beiden Aerzten zur Untersuchung stellen mußte, endete mit der Freisprechung der drei Angeklagten. Landgerichts-Direktor Felisch hob bei der Begründung des Urtheils hervor, daß nach Ansicht des Gerichts die umfassende Beweisaufnahme keine Bestätigung der Behauptung gebracht habe, daß Frl. Z. dem Alkoholgenusse huldige und wiederholt betrunken gewesen sei, daß vielmehr einzelne von Zeugen gemachten Wahrnehmungen auf den offenbar leicht erregbaren hysterischen Zustand des Frl. Z. zurückzuführen seien. Von den beiden Aerzten sei überdies zugegeben worden, daß der angebliche Alkoholgeruch möglicherweise andere Ursachen haben könne. Die Angeklagten mußten aber freigesprochen werden, weil ihnen nach dem Gesammtbilde der Beweisaufnahme der böse Glaube nicht nachzuweisen war, ihnen auch der Schutz des § 193 zur Seite stehe und Frau Wenster in ihrer Eingabe ausdrücklich betont hatte, daß sie nur den Zweck verfolge, sich zu rehabilitiren.

Im Hilfsarbeiterkriege hat der Magistrat eine neue Niederlage erlitten. Von weittragendster Bedeutung ist die soeben erfolgte Verurtheilung der Berliner Stadtgemeinde in dem Prozesse, den der frühere Bureauhilfsarbeiter Röhrle gegen den Magistrat angestrengt hatte. Von der 18. Zivilkammer des Landgerichts I wurde die Beklagte nach dem Klageantrage verurtheilt, den Kläger als auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung angestellten Gemeindebeamten anzuerkennen und ihm ferner sein Gehalt monatlich im voraus zu zahlen. Bei der bekannten Gepflogenheit des Magistrats, jeden Prozeß — trotz steter Niederlagen — bis zum Reichsgericht zu verfolgen, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß das Landgericht hier zum ersten Male in Hilfsarbeiter-Prozessen das Urtheil gegen Sicherheitsleistung von 300 M. für sofort vollstreckbar erklärte. Dadurch ist Kläger in die Lage versetzt, am 1. jeden Monats event. durch Zwangsvollstreckung sein Gehalt einzutreiben, selbst dann, wenn der Prozeß noch den langwierigen Weg zum Reichsgericht durchmachen sollte. Besonderes Befremden erregte beim Landgericht der Umstand, daß trotz zweimaliger Terminsvertagung auch diesmal die Personalakten des Klägers nicht zur Vorlage gelangten, weil nach der Bekundung des Vertreters der Beklagten die Akten trotz eifrigster Recherchen des Magistrats nicht zu ermitteln sind. Da Kläger selbst an der Vorlegung der bezüglichen Akten das größte Interesse hatte, führte er Beschwerde beim zuständigen Minister und beim Oberpräsidenten. Hierauf erhielt er vom Präsidenten des Landgerichts den Bescheid, daß inzwischen auch der Magistrat über den Verbleib der Personalakten bei ihm Beschwerde geführt habe. Im Schriftsatz der Beklagten vom 3. Februar cr. befindet sich nämlich der Vermerk: Die „Beschäftigungsakten füge ich bei. Der Bescheid des Oberpräsidenten lautet dahin, daß jeder Anhalt dafür fehle, der Magistrat trage Schuld an dem Verluste der Akten oder habe sich behufs Wiederherbeischaffung derselben säumig gezeigt.

Wie der Magistrat immer noch nach neuen Gründen sucht, die Anstellungsforderung der Hilfsarbeiter als unberechtigt hinzustellen, davon lieferte die Verhandlung vor dem Landgerichte wieder einen drastischen Beweis. Es wurde nämlich geltend gemacht, der Magistrat habe nicht gewußt, daß Kläger mit Beamtenstellungen und behördlichen Funktionen betraut gewesen sei; ferner sei die vom Kläger gestellte Kaution stets als „uneigentliche" Amtskaution bezeichnet. Die von R. mehrere Jahre bekleidete Buchhalterstelle müsse doch auch „zeitweise" von Nichtbeamten bekleidet werden können.

Zum Schluß sei erwähnt, daß Röhrke derselbe Hilfsarbeiter ist, der am 30. April v. J. von der auf Veranlassung des Magistrats gegen ihn erhobenen Anklage wegen Beamtenbeleidigung freigesprochen wurde. Die Folge davon waren mancherlei Maßregelungen, auch verweigerte der Magistrat 7 Monate lang die Auszahlung des „Gehalts" an R. Als letzterer nun gelegentlich der letzten Stadtverordnetenwahlen seinem Unmuth hierüber in öffentlichen Versammlungen Luft machte, erhielt er seine Entlassung.

Auch eine Sonntagsentheiligung. Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung fällte gestern das Kammergericht. Der Kaufmann Glauberg sollte eine der vielen Polizeiverordnungen verletzt haben, wonach an Sonn- und Festtagen, abgesehen von den gesetzlichen Ausnahmen, öffentlich bemerkbare Arbeiten verboten sind. Der Angeschuldigte begab sich im August des vorigen Jahres an einem Sonntage von Langensebold nach Ropoldshausen, um dort 2 Mark einzukassiren, die ihm ein Arbeiter schuldete. Die Ehefrau des Schuldners, welche allein zu Hause war, verweigerte die Zahlung, so daß G. unverrichteter Sache heimkehren mußte. Die Behörde erblickte in der Ausführung des Ganges zu dem Schuldner und in der Mahnung selber eine öffentlich bemerkbare Arbeit, die den Sonntag entheilige. Das Schöffengericht und die Strafkammer schlossen sich dieser Anschauung an und verurtheilten G. zu einer Geldstrafe von 15 M. Für unerheblich erklärte das Landgericht die vom Angeklagten behauptete Thatsache, daß es in der Gegend Sitte sei, an den Sonntagen vormittags die während der Woche gemachten Schulden der Arbeiter einzutreiben. Glauberg legte Revision ein und betonte, es könne hier nicht von einer Sonntagsentheiligung die Rede sein. Der Strafsenat des Kammergerichts hat nunmehr die Vorentscheidung aufgehoben und den Angeklagten mit folgender Begründung freigesprochen: Wenn jemand die Straße betrete, um Schulden einzutreiben, dann sei das keine öffentlich bemerkbare Arbeit. Das Gehen von Ort zu Ort unterscheide sich in einem Falle nicht im geringsten vom anderen, wenn auch die Zwecke die verschiedensten seien. Es sei äußerlich nicht bemerkbar, ob jemand spazieren gehe oder ob er sich auf dem Wege befinde, Geld einzukassiren. Bei der Auslegung des Begriffes „öffentlich bemerkbare Arbeit" habe das Gericht auch den Zweck der fraglichen Polizeiverordnungen zu berücksichtigen und der sei, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu sichern. Es lasse sich nun keineswegs annehmen, daß die äußere Heilighaltung des Sonntags störe, wer den Sonntag zum Eintreiben von Schulden benutze.

Wahlversammlungen.

In einer sehr stark besuchten Volksversammlung für den fünften Berliner Wahlkreis sprach am Montag Reichstags-Abgeordneter Auer über die bevorstehende Reichstagswahl im großen Saale des Handwerkervereins. In diesem Saale, der mehr denn 20 Jahre der Partei verschlossen war, befinde sich die Partei, wie der Referent eingangs ausführte, auf historischem Boden. Hier hat mancher Vorkämpfer unserer Partei vor Arbeitern die Ziele des Sozialismus entwickelt. Der Redner gab hierauf einen Rückblick auf die Thätigkeit des verflossenen Reichstags, wobei er darauf verwies, daß der in früheren Sessionen gelegentlich des Bismarckrummels so sehr getadelte und wegen seiner ablehnenden Stellung zu dem Hollmann'schen Marinismus so sehr geschmähte Reichstag am Schluß der Legislaturperiode ein so gutes Abgangszeugniß ausgestellt erhielt, wie es bisher kein einziger, auch nicht der zu allem fähige Kartell-Reichstag verzeichnen konnte. Leider habe der Reichstag das ungetheilte Lob der Regierung vollauf verdient, aber gewiß nicht das der Wähler. Der Redner, der kritisch die politischen Begebenheiten der letzten Jahre beleuchtete, wendet sich unter anderen gegen die von den Kolonialschwärmern beliebte Art der Kolonisation, die lediglich in der Profithascherei und der Herrschlust ihren Ursprung hat und nicht dazu angethan ist, die Lehren der Humanität, Zivilisation, Kultur und des Fortschritts unter den unkultivirten Völkern zu verbreiten. Durch die Wehlan, Leist, Peters und ähnliche „Kulturträger" haben wir uns und den wilden Völkern keinen Nutzen gebracht, sondern dadurch, daß diesen Völkern ihre Wohnstätten zerstört, sind wir ihre größten Feinde geworden. Trotz aller versuchten Bemäntelung vor den Wahlen wird die Beseitigung des jetzigen Reichstags-Wahlrechts und die Beschränkung des Koalitionsrechts, von der herrschenden Klasse angestrebt, zur Ausführung gelangen, wenn ein durch die Politik der Sammlung gefügiger Reichstag zu stande kommt. Bei der Beschränkung der Freizügigkeit stehen sich allerdings die Interessen der Agrarier und Großindustriellen gegenüber, was jedoch nicht ausschließt, daß auch hierin, wie in der Handels- und Zollpolitik, eine Verständigung der beiden Interessengruppen erzielt wird. Das Bürgerthum, dessen steifes Rückgrat gebrochen ist, hat längst seinen Widerstand gegen den Militarismus sowie in anderen Dingen aufgegeben. Der Redner erinnert an die klägliche Stellung der freisinnigen Partei bei den verschiedenen Vorkommnissen, unter anderen bei der Berathung der Militär-Strafprozeß-Ordnung und schildert die Ursachen, durch die diese Partei, die von uns verlangt, daß wir unsere Selbständigkeit aufgeben und ihr die Mandate überlassen, immer mehr in Verfall gerathen ist. Wir, so schloß der Redner unter stürmischem Beifall seinen vortrefflichen Vortrag, werden uns weder nach rechts noch nach links wenden, sondern kämpfen, aber uns nicht verkaufen. Nieder mit der Reaktion! Unser der Kampf! Unser der Sieg! Lebhaft von der Versammlung begrüßt, ergriff hierauf der Kandidat und bisherige Vertreter des Kreises Rob. Schmidt das Wort, um in kurzen Worten auf die Bedeutung der nächsten Wahlen hinzuweisen.

Ein Herr L. Flatau unternahm hierauf den unglücklich ausgefallenen Versuch, die von unseren beiden Genossen sehr hart mitgenommene freisinnige Partei aus der Patsche herauszuziehen. Ganz ernst meinte er, daß auch die Sozialdemokraten, die Soldaten werden, der freisinnigen Partei für ihr Verhalten bei der Militär-Strafprozeß-Ordnung zu Dank verpflichtet seien. Auf die Kritik über die schlechten Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der städtischen, freisinnigen Verwaltung konnte der Herr nichts erwidern und wohl nur deshalb gab er der Versammlung das bekannte Märchen von den „sozialdemokratischen Konsumvereinen und ihren schlechten Arbeitsbedingungen" zum besten.

Kaufmann Cohn übernahm es sodann, mit der freisinnigen Partei wegen ihres Verhaltens zur Arbeiterschutz-Gesetzgebung, insbesondere bezüglich der Handlungsgehilfen bei der Revision des Handelsgesetzbuches, eine gebührende Abrechnung zu halten. Er forderte am Schluß seiner Ausführungen die Handlungsgehilfen auf, ebenso wie die Arbeiter energisch für die Sozialdemokratie einzutreten und auch im 5. Kreis in jeder Weise für die Wahl des Gen. Schmidt zu wirken. Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Auer, der sich auf eine Anfrage hin noch in recht drastischer Weise mit dem antisemitischem Kunterbunt beschäftigte und Herrn Flatau auf seine verschiedenen Irrthümer aufmerksam machte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und verspricht, mit aller Macht für die Wahl des Genossen Schmidt zu wirken.

In Weißensee sprach am Montag die Genossin Lilly Braun vor einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung, in der auch die Frauen und Mädchen sehr stark vertreten waren, über das Thema: Die Reichstagswahlen und die Frauen. Der Philister werde sich erstaunt fragen — sagte die Rednerin —, was denn die Frauen mit den Wahlen und überhaupt mit der Politik zu thun haben, denn die Frauen gehören doch ins Haus. Gewiß, sagen wir, soll sich die Frau um ihre Familie und ihren Haushalt kümmern, aber gerade deshalb hat sie auch die Pflicht, an dem politischen Leben theilzunehmen. Die erste Bedingung für einen Haushalt ist, daß die Familie etwas zu essen hat. Wie sehr aber die nothwendigsten Lebensmittel, und gerade solche, die im Haushalt des Proletariers eine wichtige Rolle spielen, durch unsere Zollpolitik vertheuert werden, das zeigen einige Beispiele. Während eine aus fünf Köpfen bestehende Familie im Jahre 1876 an indirekten Steuern 34,50 M. aufzubringen hatte, beträgt ihr jährlicher Antheil an indirekten Steuern gegenwärtig 81 M., wovon allein 30 M. auf den Kornzoll entfallen, eine Summe, die aus dem kärglichen Verdienst der Arbeiterfamilie in die Taschen der unersättlichen Großgrundbesitzer fließt. Das ist diesen Herren aber noch nicht genug. Würde der Antrag Kanitz Gesetz werden, so beträgt der Kornzoll, der auf eine Familie entfällt, 80 M. jährlich. Schon dies eine Beispiel zeigt, daß die Frauen ein hohes Interesse an der Politik haben. Besonders die Mütter sollten daran denken, daß es im Interesse ihrer Familie, ihrer hungernden Kinder liegt, wenn sie diejenige Partei unterstützen, die ein Ende machen will mit den Schutzzöllnern und dem reaktionären Regiment der Junker. Je mehr die Sozialdemokratie wächst, desto sicherer gehen wir dem Ziele entgegen, wo die Noth des Volkes ein Ende nimmt. Rednerin bespricht die beabsichtigte Verschlechterung des Wahlrechts, des Koalitionsrechts, des Versammlungsrechts und die Staatsstreichgelüste der reaktionären Heißsporne. Es ist einmal gesprochen worden von einer Rotte von Menschen, die nicht werth ist, den Namen Deutsche zu tragen. Wenn wir sehen, daß dem Arbeiter die vornehmsten Rechte genommen werden sollen, dann müssen wir uns doch fragen, ob jemand, der in seinem Vaterlande rechtlos gemacht werden soll, sein Vaterland noch lieben kann. Der Arbeiter und die Arbeiterin, welche für eine Vermehrung ihrer Rechte und für wirthschaftliche Besserstellung ihrer Klassengenossen kämpfen, sie leisten ihrem Vaterlande einen größeren Dienst, wie jene „Patrioten", die auf Kosten des arbeitenden Volkes ihren Profit erhöhen. Eigentlich kann man ja kaum sagen, daß die Proletarierin ein Vaterland hat, denn ihr wird ja das Recht, über die Angelegenheiten desselben mitzureden, nicht eingeräumt. Mag in früheren Zeiten die politische Rechtlosigkeit der Frau in wirthschaftlichen Ursachen begründet gewesen sein, heute ist das anders. Die Frau wird nicht mehr vom Mann versorgt, sie muß sich in den weitaus meisten Fällen selber ihren Unterhalt erwerben. Unweiblich soll es sein, wenn sich die Frau am politischen Leben betheiligt. Ist es vielleicht weiblicher, wenn Frauen die schwersten Arbeiten verrichten? Wenn sie — wie wir aus der Berufsstatistik ersehen — als Bergleute, Grobschmiede, Steinsetzer und Dachdecker thätig sind? Rednerin bespricht die kärgliche Entlohnung der Arbeiterinnen, die daraus entstehenden physischen und sittlichen Schäden und die Forderungen, welche die Sozialdemokratie zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen vertritt. Die Frauen haben zwar nicht das Recht, mit dem Stimmzettel in der Hand ihrer Meinung Ausdruck zu geben, aber sie können durch Theilnahme an der Agitation und an den Wahlarbeiten die Sozialdemokratie, die einzige Partei, welche in gleicher Weise die Rechte der Frauen, wie die der Männer vertritt, unterstützen und dadurch zugleich den Befähigungsnachweis für ihre politische Reife ablegen. Diejenige Frau ist pflichtvergessen zu nennen, die sich nicht sagt: Hier muß ich stehen, hier muß ich kämpfen für meine Gleichberechtigung, für das Wohl, für die Freiheit und für die Zukunft meiner Kinder. — Der lebhafte Beifall, welcher der Rednerin gespendet wurde, sowie die Annahme einer im Sinne ihres Vortrages gehaltenen Resolution ließ das volle Einverständniß der nach Hunderten zählenden Zuhörerschaft mit den Ausführungen der Referentin erkennen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Versammlung.

Theater- und Vergnügungsverein Helgoland. Sitzung heute Abend 9 Uhr, Ackerstr. 144.

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche und Kravatten-Branche. Heute, Mittwoch, Versammlung im Schützenhaus, Lintenstraße 5. 1. Vortrag: „Warum müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche organisiren? Referentin: Frau Dr. Schwerin.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

E. M. 100. Retourbillets für Pfingsten gelten vom 26. Mai bis inkl. 6. Juni. Kinder unter 4 Jahren brauchen keine Billets. Von 4 bis 10 Jahren halbe Billets. Ein Retourbillet III. Klasse kostet bis Elbing ca. 28 Mark.

Otto Krause, Arthur, O. K. 100: Nein. — **S. H. 1.** Ja. 2. Wer zuerst gepfändet hat, ist zuerst zu befriedigen. — **Darlehn 50.** Solche Stiftung ist uns nicht bekannt. — **A. G. 109.** 1. Nein. 2. Sie können sich an die Waisenhaus-Verwaltung wenden. 3. Ja. — **E. R. 20.** Berichtigungen im Rahmen des § 11 des Preßgesetzes muß jede Zeitung aufnehmen. — **Grabowsee 84.** Sie können Ihre Aufnahme in die Grabower Wählerliste betreiben und können dort wählen, wenn Sie zur Zeit der Auslegung der Wählerliste und am 16. Juni in Grabow wohnen. —

Witterungsübersicht vom 17. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	766	N	3	hlb. bed.	10	Haparanda	763	S	4	hlb. bed.	9
Hamburg	767	NNO	3	Regen	7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	766	NW	3	Regen	9	Cork	768	W	3	bedeckt	11
Wiesbaden	764	N	1	bedeckt	11	Aberdeen	765	SO	2	hlb. bed.	9
München	763	NO	3	hlb. bed.	12	Paris	766	N	3	hlb. bed.	7
Wien	762	Still	—	heiter	14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, 18. Mai 1898.

Ein wenig wärmer, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Unserem Vorsitzenden
Gustav Pfennig
zu seinem heutigen Wiegenfeste unsern herzlichsten Glückwunsch. 35395
Der Pflanzer-Verein „Ost-Elbien".
Gustav, laß' ziehen. Is ja alles da, et is ja nich wie bei arme Leute.

Statt besonderer Meldung.
Hiermit zur traurigen Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater, der Zimmerpolier 35519
Louis Risch
am 16. Mai, 10¼ Uhr vormittags im 80. Lebensjahre sanft entschlafen ist. **Die trauernden Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet am Himmelfahrtstage, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Louisenstädtischen Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 16. d. M. entschlief nach längerem Krankenlager im hohen Alter von 79 Jahren unser Kamerad und vieljähriges Vereinsmitglied, der Zimmerpolier
Louis Risch.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Louisenstädt. Kirchhofs in der Bergmannstraße aus statt.
35445 **Der Vorstand.**

Für die herzliche Theilnahme bei dem Begräbniß meines lieben Mannes, unseres Bruders und Schwagers
Heinrich Flentje
sagen wir allen Bekannten, Freunden und Kollegen herzlichen Dank. [35405
Pauline Flentje, geb. Schneider.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Gatten, unseres geliebten Vaters, meines guten Schwiegervaters, sagen wir hierdurch allen Kollegen des und so plötzlich Entrissenen, sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 3541b
Die trauernde Wittwe **Paul. Helmbold** nebst Kindern und Schwiegersohn.

Danksagung.
Verwandten und Bekannten, sowie den Sangesbrüdern, die sich an der Beerdigung der Frau **Knorr**, verw. Schwerdt, betheiligt haben, sagen wir hiermit unseren besten Dank.
F. Swenn und Frau.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 19. Mai (Himmelfahrt):
Herrenpartie nach Friedrichshagen (Müggelschloß)
arrangirt von den Parteigenossen des Kreises.
Die Genossen des Ostens versammeln sich früh 6½ Uhr bei **Wilke, Andreasstr. 26:** die Genossen des Südostens früh 6½ Uhr bei **Erbe, Cuvrystr. 25.** Der gemeinsame Treffpunkt ist 8 Uhr im **Park-Restaurant W. Jacob, Köpnicker Landstraße.** Für Nachzügler bis 10 Uhr in **Lindenhayn's Restaurant** in **Grünau.**
Die Arbeiter-Gesangvereine werden gebeten, sich an der Partie zahlreich zu betheiligen. 242/14
Um rege Betheiligung bitten **Die Vertrauenspersonen.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute Mittwoch, abends 8¼ Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämmtliche Bezirke und Branchen.
Tagesordnung: Die Einführung der Arbeitsscheine durch die Innung und Errichtung einer Zwangs-Innung. Der Streik bei Rückwarth u. Riegel und bei Reddemann. Werkstattdifferenzen.
Jede Werkstatt ist verpflichtet, einen Vertrauensmann zu entsenden.
80/14 **Die Ortsverwaltung.**

Verein zur Wahrung der Interessen
der Gast- und Schankwirthe
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 20. Mai, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Klingenberg, Wilmersdorf, Berlinerstraße 40:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Statutenberathung! 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht der Untersuchungs-Kommission. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß unser diesjähriges **Stiftungsfest** am **9. Juni** in **Grünau** beim Kollegen **Lindenhayn** stattfindet.
69/7 **Der Vorstand.** J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Brauerei-Ausschank
der Victoria-Brauerei, Stralau.
Eröffnung der diesjährigen Sommer-Saison **am Donnerstag, den 19. Mai 1898** (Himmelfahrtstag). Der Garten und die Lokalitäten sind gänzlich neu renovirt. Wöchentlich zweimal großes **Garten-Concert** sowie **Theater** und **Spezialitäten-Vorstellung** bei **gänzlich freiem Entree.**
Im elektrisch erleuchteten Riesen-Saal jeden Sonntag und Donnerstag: **Großer Ball** bei freiem Entree. 5068U*
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Oekonom.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
in Schneider's Gesellschaftshaus, Belfortenstraße 15.
Tagesordnung:
1. **Was will die Reaktion und was wollen wir.** Referent: Genosse **Borgmann.** 2. Diskussion.
129/14 **Der Vertrauensmann.**

Rixdorf.
Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
in der „Neuen Welt" (Bal champêtre), **Hasenheide 108—114.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **August Bebel:** **Die bevorstehende Reichstagswahl und die Agitation auf dem Lande.** 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevertretung. 203/18
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Wahlkomitee.

Restaurant „Volksgarten", Nowawes,
Priesterstraße 31. 91958
Empfehle mein Lokal den Genossen einer geneigten Beachtung, besonders Ausflüglern. Schöner schattiger Garten, zwei Säle und sonstige Bequemlichkeiten sind vorhanden. Speisen und Getränke in bekannter Güte. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. **M. Simon.**

Die Beleidigung gegen Herrn **Teutenbach** nehme ich zurück und erkläre denselben für ehrenhaft.
35429 **P. Dames.**

Warne jedermann, meiner Frau geb. **Auguste Reder** auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 3535b*
Ferd. Reder, Zeughofstr. 8.

Für die **bevorstehenden Reichstagswahlen** offerire ich:
Bernstein, Die Jahre der Reaction. Gesch. der Revolutionsjahre v. 1848 an. 1881. Statt M. 2,50 für 75 Pf.
Lassalle, Ferd., Ausgewählte Reden u. Schriften. 3 Bde. 1891/92. Eleg. gebdn. Wie neu, statt M. 13 für M. 8,50.
Beste, unverkürzte Ausgabe.
Breslau, Schmiedebrücke.
Wilhelm Koebner.

Stroh- Filz- und Seiden- Hüte
bedeut. billiger w. d. jed. Konkurrenz in **Klietmann's** Fabriklager, nur Mariannenstr. 33, p. (kein Laden).

Eine größere Partie **Radfahrer-Anzüge** spottbillig. 35506
Gustav Maaß, Friedrichstr. 202.

Zwei gute **Anzüge** wegen Todesfall zu verk. Schlägel, Kottbuserdamm 23. 3552b

Gangbares **Borkost-Geschäft** zu verkaufen **Adalbertstr. 69.** 3553b

Ameiseneier, frische, stets vorräthig, billig. **Sager,** Andreasstr. 39.

Eine Schneiderwerkstatt, 30 M., ein Sopha, 15 M., zu verk. bei Tischer, Fürstenstr. 10. 3540b

Einige getragene **Anzüge** verkauft billig Zimmerstr. 31, IV, bei Fricke.

Sprosser, Nachtig., alle Sorten Waldvögel, Vogelbauer, billig. **Schnelle,** Koppenstr. 60.

Möbl. Zimmer, nach vorn, separirt, 10 Mark. Kucharski, Rückerstr. 7.

Arbeitsmarkt.

Stereotypeure!
In der Zeitung „Die Post" sind Differenzen ausgebrochen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter.
In der Möbelfabrik von **Rückwarth & Riegel,** Wienerstr. 53, sowie in d. Bautischlerei v. **Reddemann,** Großgörschenstr. 35, haben sämmtliche Tischler (30) (24) wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug ist fernzuhalten.
80/13* **Die Ortsverwaltung.**

Silberpolirerinnen 3511b verlangen **Bergas Gebr.,** Schillingstr. 12.

Gelbbrenner verlangt **Hübner,** Markusstr. 5.

Feilenhauergesellen
finden sofort dauernde Arbeit bei Fabrikant **Schandorff,** Rakskov, Dänemark.

Wir suchen für **Brandenburg a/H.**
2 Drucker f. schwarze Abdrücke,
1 tüchtigen Andrucker,
2 lithographische Maschinenmeister.
Bewerbungen persönlich am Mittwoch 4—7 Uhr in unserem Berliner Bureau **Friedrichstr. 122/123** oder schriftlich an die Berliner Kunstdruck- u. Verlags-Anstalt vorm. A. u. C. Kaufmann, Brandenburg a. H. [3549b

Schrifthauer
in Granit und Marmor verlangt **A. Zabel,** Schönhauser-Allee 167a.

Tüchtige Fraiser auf Hornknöpfe sucht Knopffabrik Grüner Weg 36.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.

Opernhaus. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Im Dienst. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Maria Stuart. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Dummen. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Villa Gabriöle. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Vorher: Nach Hause. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Stabstrompeter. Anfang 7½ Uhr.
Central. Im Austragsstübl. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Vorher: Eine Tasse Thee. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends 7 Uhr: Ausstellungssaal und Vorträge.
Passage-Panoptikum. 36 Togo-Mädchen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch:
Die Dummen.
Donnerstag:
Blaues Blut.
Freitag:
Galeotto.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel von Emma Frühling.
Der Mann im Monde.
Vorbestellte Billets durch Telephon Amt IV Nr. 2074 werden an der Abendkasse ohne Aufgeld reservirt.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Extra-Vorstellung zum Besten des neu gegründeten Mädchen-Hort im Osten veranstaltet vom Frankfurter Thor-Bezirksverein.
Der Stabstrompeter.
Gesangspasse in 4 Akten von Mannstädt. Musik von Steffens.
Anfang 7½ Uhr.
Moritz Werner: Karl Weiß.
Im Garten bei günstiger Witterung vor und nach der Vorstellung: **Großes Frei-Konzert.** Anfang 6½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Gastspiel des Fiala-Ensembles.
Zum 5. Male:
Im Austragsstübl.
Ländliches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Frl. **Amalie Schönchen**, k. k. Hofburg-Schauspielerin, Herr **Hans Neuert**, kgl. bayer. Hofschauspieler, als Gäste.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
An allen
3 Pfingstfeiertagen
sowie von da an
täglich
Stettiner Sänger
(Meytsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag:**
Grosse Theater-Vorstellung.
Eröffnung der Sommer-Saison den 29. Mai (ersten Pfingstfeiertag). Täglich Garten-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 2¾ Uhr,
I. Abtheilung im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater:
Lumpengesindel.
Von Ernst von Wolzogen.
Gäste: Herren Gustav Kober u. Richard Oeser vom Deutschen Theater.
Am selben Tage nachmittags 2¾ Uhr:
Vierte Abtheilung im Lessing-Theater:
Die Wildente.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
229/12

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

BAHNSTATION

Carl Hagenbeck's INDIEN

SAVIGNYPLATZ

Vorstellungen in der **Arena: 5** und **8** Uhr nachm., im **Theater** ab 4 Uhr beständig.
Ab **4** Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
ENTREE 50 Pf.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.

Jeden Sonntag } **Garten-Konzert** und **Extra-Vorstellung.**
Auftreten der engagirten Spezialitäten. — Volksbelustigungen aller Art.
Im Saale: **Ball.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Pfingstsonntag, den 29. Mai: } **Beginn der Hauptsaison.**
Von da ab tägliche Vorstellungen.
Achtung! An Wochentagen ist Garten und Saal mit Vorstellungen und Ball an Vereine zu vergeben. Mehrere Sonnabende sind noch frei.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe — The Terras — Little Elfrida. Georg Fischer, Liedersänger; **Franz. Wunsch,** Soubrette; **Karl Gursch,** Tanz-Parodist; **Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.**
Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. **Neu!**
Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von J. Eßner.
Der dritte Mann. Schwank in 1 Akt von Paul Adler.
Vor und nach der Vorstellung: **Garten-Concert.** In den **beiden Sälen: Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr.
" " " " " " Sonntags 5 "
Max Kliem.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. —

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Ein lebender **Riesen-Orang-Utan**
der „Waldmensch" von der Insel Borneo, 1½ Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenbändigerin.

Passage-Panopticum.

36 Togo-Mädchen
Ohne Extra-Entree.
Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Novität! Mit vollständig neuer u. glänzender Ausstattung Novität!
Zum 7. Male:
Don Juan in der Hölle.
Phant. Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in 2 Bildern von **Benno Jacobson.** Musik von **W. Rosenzweig.** In Scene gesetzt vom Direktor **Glück.**
Ferner Auftreten von
20 Spezialitäten 1. Ranges.
Kassenöffnung 6½, Anf. 8 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Leichte Kavallerie.
Ensemble von Wolff.
Dazu neu — Parodie auf die Oper
Cavalleria Rusticana.

Den geehrten Freunden u. Genossen empfehle mein **Garten-Lokal** nebst **Tanzsaal.** 5151L*
Familien können Kaffee kochen.
Adolf Martin,
Werder a. d. H., Kugelweg 58.

Dr. Simmel

Moritzplatz. (Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts)
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid aus reinwollenem englischen Stoff, beliebtes Straßenkleid, **15** Mk., **18** Mk.
Fertiges Kleid, elegante Promenaden-Façon, engl. Stoff, **20** Mk., **25** Mk., **30** Mk.
Schwarze Kleider in neuen Phantasiestoffen, **20** Mk, **25** Mark, **30** Mk.
Schwarze seidene Kleider 40 und **50** Mk.
Einzelne Röcke, schwarz und farbig, **6** Mk., **8** Mk., **10** Mk.
Jackenkleid in reinwollenen Loden, beliebteste Neuheit, **10 Mk.**
Blusen, entzückende neue Façons, **3** Mk.
Jaquets in schwarz und allen neuen Farben und Façons, **6** Mk., **8** Mk., **10** Mk., **12** Mk.
Schwarze Capes u. Kragen mit eleg. Stickerei, **4** Mk., **5** Mk., **6** Mk.
Fertige
Waschkleider
in Piqué, Batist, Orandy und Foulard,
8.50 Mk., **10** Mk., **12** Mk., **15** Mk., sehr große Auswahl, in allen Weiten stets vorräthig.
Weisse Jackenkleider,
beliebteste Neuheit, in engl. Rips **12** Mk., **15** Mk.
Blusenhemden in den neuesten Façons u. Waschstoffen **2** Mk., **3** Mk., **5** Mk.
Staubmäntel 8 Mk., **10** Mk. 5176L*
Reisemäntel
(Tyroler Loden), leicht, wasserdicht, **10** Mk., **15** Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße.

Grösste Auswahl

neu eingetroffener Formen
von **Woll-, Haar-** und **Strohhüten.**
Steifer Rand, weicher Kopf, **in elegantester Form. 2.50 u. 3 M.**
Steifer oder weicher **Herrenhut** 1,75 bis 3,50 M.
Cylinderhut in zwei elegant erschienenen Formen 7,50, 9,—, 10,— M.
51482*] Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis.
Alvin Sussmann, **Holzmarktstrasse 38,** Hut-Engros-Geschäft. parterre.

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen

Zu Dampfer- u. Landpartien vorzüglich geeignet.
Otto Beyer's Restaurant „Zur Schleuse",
1000 Personen fassend. Kegelbahnen. Kaffeeküche. Volksbelustigungen. Für Vereine und Fabriken konlanteste Bedingungen. [34266

Gr. Frankfurter Strasse 117. Königsbank Gr. Frankfurter Strasse 117.

Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benutzung. [4927L*] **Hermann Warsany.**

Die Uhrenfabrik

Max Busse

Brunnenstr. 175, an der **Invalidenstr.**
empfiehlt

goldene Damenuhren	20 Mk.
mit Email	24 „
goldene Herrenuhren	36 „
silberne mit Goldrand	13 „
Nickeluhren	6 „

Bessere Gehäuse und Werke entsprechend theurer.
Grosse Auswahl in Regulateuren, Standuhren, Hänge-Uhren (Freischwingern) und **Weckern.**

Deutsch-Schuh- Amerik. Fabrik.

Haltbarkeit garantirt!

Wenn Sie eine elegante Fussbekleidung wünschen, kaufen Sie die berühmten Deutsch-Amerikanischen Schuhwaaren.

51439*

Hamburg. Stettin. Spandau. Halle a. S.
Berlin:

Oranienstrasse 162	Hacke'scher Markt 42
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.	Rosenthalerstrasse.
Friedrichstrasse 131	**Frankfurterstr. 103**
vis-à-vis Oranienburgerstrasse.	am Straussberger Platz.
Blücherstrasse 13.	**Spittelmarkt 12.**

Das Gute siegt zuletzt doch!

Das seit nahezu 25 Jahren existirende echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke „Schwan")
hat sich unter den vielen anderen Waschpräparaten als **das beste, vortheilhafteste und bequemste Waschmittel der Welt** erwiesen!
Dasselbe ist **zu haben** in den meisten **Colonialwaaren-, Droguen- und Seifenhandlungen.**

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [4978L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

49772*

Maitrank

täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
à Fl. **60 Pf.,** 10 Fl. **Mk. 5,50,** 50 Fl. **Mk. 25,—** exkl.
Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein,
weiß u. roth, herb u. süß,
à Fl. **75 Pf.,** 10 Fl. Mk. **7,—,** 50 Fl. Mk. **30,—** exkl.
Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. **1,—.**
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kelterei Berlins.
Probirstelle: Kommandantenstr. 67.
Eugen Neumann & Co.
Komptoir u. Gesammt-Kellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3678, Wilsnackerstraße 25, „ II. 2632, Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam, Bäckerstr. 7.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. * **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145.

Der Garten nebst Bühne sowie sämmtliche Lokalitäten sind für die Pfingstfeiertage zu Früh-Concerten ꝛc. noch zu vergeben.
Karl Mittag, Oekonom.
Viktoria-Brauerei. Stralau.

Vereinszimmer, gr., Simeonstr. 23.
Meine **3 Vereinszimmer,** ca. 40 bis 100 Personen fassend, auch für Zahlstellen geeignet, sowie 2 vorzügliche, nach neuestem System hergestellte **Riesen-Kegelbahnen** halte bestens empfohlen. 5152L*
Karl Pieper,
Kreuzbergstr. 43.

Sonnabende

zu **Gewerkschafts-, Garten-** resp. **Sommerfesten** sind noch zu vergeben. Räume kostenlos!
Martin Berndt,
Vereinsbrauerei-Ausschank.
Rixdorf.

Verpfändet gewesene und billig erworbene
Fahrräder,
wenig gebrauchte und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damen-Räder mit Jahresgarantie verkauft spottbillig
Concess. Leihhaus,
Neue Schönhauserstr. 11, I.

25281

Cigarette Artist

Die best existirende 3 Pfennig-Cigarette.
Mild und prachtvolles Aroma.
Bitte zu versuchen!
In den meisten Cigarrengeschäften zu haben.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Operngläser, Reisekoffer, **Sommerpaletots,** Anzüge, Hosen, Wäsche **spottbillig Pfandleihe Neanderstrasse 6.** [2467b

Reine Wolle. Anzüge nach Maaß, modern u. haltbar, zu 35, 37 und 39 Mark liefert **J. Tomporowski,** Schneidermst., Stralauerstr. 56, Laden. 4980L*
Bei theueren Anzügen Theilzahlung, monatlich 10 M., gestattet. Fertige Anzüge zu jed. Preis mit 3 M. Verdienst.

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** ꝛc. werden unter Garantie des **guten Sitzes** zu überaus **billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Einem Theil unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Kaufhauses **J. Loewenberg, Müllerstraße 163a, Ecke Burgsdorfstraße,** bei.

Einem Theil unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma **Theodor Fricke, Oranienstr. 174,** bei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.